

Die Anträge 169 bis 171 werden der Fraktion überwiesen, ebenso die Anträge 175 bis 177; die Anträge 173 und 174 werden angenommen.

Die Anträge 178, 180, 182, 183 und 186, die die Teuerungsrage betreffen, werden durch Annahme der Resolution Schmidt (325) für erledigt erklärt.

Gemäß dem Antrage des Referenten Hoch wird der Antrag 181 (Einfuhrverbot aller alkoholischen Getränke usw.) mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Anträge 187 bis 202 werden der Fraktion überwiesen, die Anträge 204 bis 209 angenommen.

Die Anträge 210 bis 213 werden an die Fraktion überwiesen, die Anträge 215 bis 217 angenommen, 214 dem Parteivorstand überwiesen.

Weiter werden der Fraktion überwiesen die Anträge 218 bis 220. Antrag 221 wird angenommen.

Der Antrag 222, den Reichskanzler Fehrenbach betreffend, wird gemäß dem Antrage des Referenten mit großer Mehrheit abgelehnt; Antrag 223 wird der Fraktion überwiesen.

Die Anträge 224 bis 226 werden angenommen, die Anträge 228 bis 230 der Fraktion überwiesen, ebenso der Antrag 286.

Dem Parteivorstand wird der Antrag 320 überwiesen, ebenso 305.

Antrag 322 wird angenommen, Antrag 324 der Fraktion überwiesen, ebenso Antrag 326.

Der Antrag 330 (Errichtung eines Reichskommissariats gegen Steuerhinterziehung) wird gemäß dem Vorschlage des Referenten Reil mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag 332 wird der Fraktion überwiesen, Antrag 333 angenommen. Antrag 334 wird ebenfalls der Fraktion überwiesen.

Der Antrag Frerichs, 336, wegen Besteuerung der Debländereien wird der Fraktion gleichfalls überwiesen.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt; es folgt Punkt 4:

#### „Die Wirkung des Versailler Friedensvertrages auf die innere und äußere Politik Deutschlands.“

Hermann Müller-Berlin: Genossen und Genossinnen! Bevor ich auf das eigentliche Thema eingehe, gestatten Sie mir einige Bemerkungen zu Mitteilungen, die mir aus Berlin gemacht worden sind und die mit meinem Vortrage insofern zusammenhängen, als sie das derzeitige Kabinett Wirth betreffen, das im Auslande allgemein das Kabinett der versuchten Vertragserfüllung genannt wird. Mir wird mitgeteilt, daß die gesamte Berliner Presse heute morgen Nachrichten über die Umbildung der Reichsregierung bringt. Es heißt in der Presse, daß der Zahlen Schlüssel bereits festgestellt wäre, daß drei Sozialdemokraten, drei Mitglieder des Zentrums, zwei Mitglieder der Demokraten und zwei Volksparteiler in die Reichsregierung eintreten würden, daß wir Sozialdemokraten uns entschlossen hätten, den Reichskanzler Wirth fallen zu lassen, daß wir dafür den Kanzlerposten bekämen und bereit wären, den Posten des Reichstagspräsidenten an das Zentrum abzutreten, daß darüber vor dem Gürtlicher Parteitag Besprechungen stattgefunden hätten. Ich erkläre alle diese Nachrichten Wort für Wort für un w a h r. (Lebhaftes Bravo!) Ich mache auch wiederholt darauf aufmerksam, daß auf diesem Parteitag kein Beschluß über die Umbildung der Reichsregierung zusammen mit irgendeiner anderen Partei gefaßt worden ist (Sehr richtig!), sondern daß wir einen Beschluß gefaßt haben, der gewisse Grundforderungen für eine eventuell künftig zu bildende Reichsregierung aufstellt. Ich kann mir gar nicht vorstellen, wie die Wähler, die die ganze Zeit über die Auffassung vertreten haben, daß eine Reichsregierung auf breiterer Basis notwendig sei, dieses Ziel erreichen wollen, indem sie solche

Schwindelnachrichten in die Welt setzen, indem sie überhaupt so tun, als ob wir eine Umbildung der Reichsregierung notwendig hätten. Wir haben uns ferner vom Parteistandpunkt aus gesehen in der Opposition noch immer wohler befunden als in der Reichsregierung (Sehr gut!); der Drang, eine Reichsregierung auf breiterer Basis zu bilden, ist bisher niemals von uns ausgegangen, wie wir überhaupt immer die Auffassung vertreten haben, daß wir ein Opfer bringen, wenn wir in der Reichsregierung sind. (Sehr richtig!) Ich möchte deshalb die Berliner Presse bitten, sich vielmehr mit der Frage zu beschäftigen: Was will und was wird der Besitz zahlen, wenn die Steuerreform kommt? (Lebhaftes Zustimmung.) Solange diese Frage nicht gelöst ist, mag man uns mit allen diesen lustigen Kombinationen vom Halse bleiben.

Genossinnen und Genossen! Ich soll vor Ihnen über die Wirkung des Versailler Vertrages auf die äußere und die innere Politik sprechen. Ich könnte das natürlich stundenlang tun, denn es gibt kein Gebiet des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens, das nicht von dem Versailler Vertrag berührt wird. Das staatliche Leben Deutschlands wurde nach dem Sturze Napoleons auf dem Wiener Kongreß neu geordnet. Die Landwehr der deutschen Nation, die sich in den sogenannten Befreiungskriegen tapfer geschlagen hatte, wurde um die versprochene Freiheit und Einheit bei dieser staatlichen Regelung betrogen. In der Eschenheimer Gasse in Frankfurt a. Main wurde der Bundestag eingesezt, ungefähr das Ideal der Rahr und Böhrner, auf das sie am liebsten wieder zusteuern möchten. (Sehr wahr!) Die Freiheit und die Einheit konnten auch 1848 nicht errungen werden, und es hat 50 Jahre gedauert, bis 1866 wenigstens der Weg für die Einheit freigemacht wurde. Aber es blieb bei der Einheit. Die Freiheit, die kam, war die Freiheit mit der preußischen Fiedelhaube, mit der das Bürgertum sich wieder für 50 Jahre abfand, abfand unter Bismarck, abfand als Wilhelm II. schließlich sein eigener Kanzler geworden war, abfand, weil die Geschäfte eben gut gingen. Von 1866 dauerte diese Periode bis 1914, bis das deutsche Volk dann in den Weltkrieg hineinschlidderte, den das deutsche Volk, abgesehen von einigen Alldeutschen, sicherlich nicht wollte. Dieser Weltkrieg hat die Weltstellung Deutschlands vernichtet, weil während des ganzen Krieges der preußische Militarismus alle Friedensmöglichkeiten zerschlug (Sehr richtig!), weil er bis in das Jahr 1918 hinein Belgien nicht freigeben wollte, weil er alle die Chancen, die die russische Revolution im März 1917 gewährte, nicht benutzte, und weil er schließlich auch noch durch den unbefchränkten U-Bootkrieg Amerika in die Reihen unserer Feinde zwang. Am Ausgang des Weltkrieges lag Deutschland von allen Bundesgenossen verlassen danieder; aber diesem von allen seinen Dynastien befreiten Deutschland, dem Kaiserlichen Deutschland minus die Dynastien, hat die siegreiche Entente einen furchtbaren Gewaltfrieden diktiert, der nichts rettete als die deutsche Einheit. Wir hatten uns trotzdem im Juli 1919 entschlossen, diesen Friedensvertrag zu unterzeichnen, weil nur so weiterer Krieg, weil nur so die Zerstückelung Deutschlands verhindert werden konnte, die Zerstückelung Deutschlands, die damals war und die heute noch ist das unentwegte Kriegsziel der französischen Imperialisten und Nationalisten. (Sehr richtig!) Wir gaben uns über die Wirkungen des Versailler Friedensvertrages niemals einer Illusion hin. Wir müssen auch heute die Frage aufwerfen: Wird wieder eine Epoche von 50 Jahren vergehen, bis die deutsche Republik aus der Sklaverei der siegreichen Ententegläubiger erlöst wird? Aber selbst, wenn es gelingt, Erleichterungen dieses Vertrages zu erzielen — und ohne solche Erleichterungen kann Deutschland auf die Dauer nicht leben —, müssen wir uns darüber klar sein, daß wir mindestens 50 Jahre lang unter den furchtbaren Folgen dieses Krieges zu leiden haben werden, dieses Krieges, den die Beherrscher Deutschlands von vor 1914 mit durch ihre mißtrauische Zickzack-

politik der vergangenen Jahrzehnte heraufbeschworen haben, durch die, wie es in unserem Genfer Beschluß heißt, mit Gemissenlosigkeit gepaarte Kopflösigkeit, die sie in den Julitagen 1914 an den Tag legten.

Nun ist eins sicher. An diesem Versailler Friedensvertrag hat noch niemand reine Freude empfunden, auch die Sieger nicht; das wird fast alle Tage bewiesen. Ich erinnere an den letzten Streit um die bisher von Deutschland gezahlte Goldmilliarde, wo Frankreich glaubte, daß es zu kurz käme, wo fast eine französische Ministerkrise heraufbeschworen wurde, wo Belgien und England, das eine für die Befahrungskosten, das andere für Prioritätsforderungen, die ihm während des Krieges zugesichert waren, gewisse Vorrechte zu haben glaubten. Ein solcher Streit wird sich sicherlich periodisch wiederholen; es wird sich herausstellen, daß die Wiedergutmachung für alle am Weltkriege Beteiligten aus Deutschland nicht herausgeholt werden kann, daß es überhaupt physisch einfach unmöglich ist, einem Volke allein die Lasten aufzuerlegen, die für die Reparation notwendig sind. Das sehen ökonomisch Gebildete auch in den Ententeländern ein. Der Genosse Keil hat schon darauf aufmerksam gemacht, daß Keynes, Professor an der Universität Cambridge, der selbst an den Versailler Verhandlungen im Anfangsstadium beteiligt war, vorausgesagt hat, daß zwischen Februar und August 1922 die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands eintreten würde. Keynes hat das mit denselben Argumenten belegt, die auch in den deutschen Denkschriften immer wiederkehrt sind. Er weist darauf hin, daß bei einem deutschen Export von etwa 8 Goldmilliarden es einfach unmöglich sei, 3½ Goldmilliarden jährlich für die Reparation zu leisten und daneben noch diejenigen Rohstoffe einzuführen, die Deutschland braucht. Wir wollen bei der Gelegenheit nicht vergessen zu erwähnen, daß dieser Politik der Beschränkung des Exports außerdem noch insbesondere von Frankreich die größten Schwierigkeiten gemacht werden, daß die in der französischen Kammer nicht einflußlosen französischen Weinbauern fortwährend mit der Behauptung aufgehekt werden, daß es nur eine Repressalie sei, wenn Deutschland die französischen Rotweine und den französischen Kognak nicht hereinlassen wolle. So werden wieder aus Spezialinteressen heraus diejenigen Bestrebungen sabotiert, die zu einer Gesundung der deutschen Wirtschaft führen sollen. Aber Keynes hat weiter darauf aufmerksam gemacht, daß bei der heutigen Valuta eigentlich Deutschland zwei Drittel seines Einkommens benutzen müßte, um die Reparation zu vollziehen, und daß das katastrophale Wirkungen für die Lebenshaltung des deutschen Volkes haben müßte. Es sei daher, wie er sagt, nicht möglich, über das Jahr 1922 hinaus das Ultimatum zu erfüllen, und dieses Ultimatum gewährte im Grunde weiter nichts als eine Atempause. Ich mache darauf aufmerksam, daß wir die wirtschaftlichen Folgen dieser Ultimatumspolitik in der Erklärung, die wir am 2. Februar im Reichstag abgegeben haben, vorausgesehen haben, daß wir dort schon bei Betrachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse gesagt haben: durch diese Politik würde sich die deutsche Krise zu einer europäischen Katastrophe ausweiten. Wir haben dann trotzdem, wiederum unter dem Zwang der Verhältnisse, im Mai schließlich dem Ultimatum zugestimmt, weil wir dadurch die Befehung des Ruhrgebiets, der letzten großen Kraftquelle Deutschlands, verhindern wollten, und weil wir das um Oberösterreich willen für nötig hielten.

Welche Politik ergibt sich nun für uns zwangsläufig für die Zeit der Atempause? Wir müssen versuchen, bis zur äußersten Grenze des Möglichen dieses Ultimatum zu erfüllen. Wenn wir mit dem kommenden Bankerott blüffen wollten, so würde uns das gar nichts nützen. Auf einen solchen Bluff würde die Entente nicht hereinschlagen. Sie würde dann nicht nach wirtschaftspolitischen, sondern nach machtpolitischen Gründen entscheiden, und nach diesem verlorenen Kriege liegt die Macht eben ganz auf der anderen Seite. Dann möchte ich auch

bitten, die Spekulation auf die kommende Uneinigkeit der Entente völlig auszuhalten. So lange bei uns noch etwas zu holen sein wird, so lange werden sich die Gegner immer wieder zu einigen versuchen, um das herauszuholen, was herauszuholen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Also weg mit allen diesen Illusionen! Nur eine Politik des Arbeitswillens, der Erfüllung, eine Politik der Friedfertigkeit in jeder Beziehung kann uns vielleicht auf die Dauer noch retten.

Wie steht es nun mit dem deutschen Arbeitswillen? Es ist unerhört, daß der deutsche Arbeitswille, der von vielen in Deutschland reisenden Ausländern täglich beobachtet und anerkannt wird, gerade in Deutschland selbst von den Deutschnationalen fortwährend gelehnet wird. (Sehr richtig!) Auf dem Münchener Parteitage der Deutschnationalen hat Helfferich nach dem Bericht der „Kreuzzeitung“ vom 4. September gesagt:

Noch verhängnisvoller ist aber der versagende Arbeitswille, den wir vor allem der sozialistischen Hege zu verdanken haben. Heute ist die Arbeit in breiten Schichten unseres Volkes durch die sozialistische Hege gefesselt und gebroffelt. Das ist am allerdeutlichsten im Ruhrkohlenbergbau zu beobachten. Der Rückgang der Förderung beträgt hier rund 47 Proz. der Vorkriegszeit. Die stete Lohnerhöhung ist eine Schraube ohne Ende, nur ein fortgesetzter Antrieb zur Preissteigerung.

Es ist unerhört, wie dieser frivole Zyniker hier die Vor- und die Nachkriegszeit in Parallele setzt und dabei ganz vergißt, wie in der Kriegszeit Raubbau getrieben wurde und unsere Bergwerke heruntergewirtschaftet worden sind. (Lebhafte Zustimmung.)

Es ist unerhört, wie er überhaupt unsere Arbeiter verdächtigt. Er sollte einmal acht Tage in ein Bergwerk gehen und mit seinen mit Butter geschnittenen Muskeln und Nerven versuchen, da zu arbeiten, damit er einen Begriff davon bekommt, wie die ausgemergelten Bergarbeiter zu arbeiten haben. Diese Bergarbeiter, die heute noch viel zu niedrige Löhne haben und die vom Auslande deswegen als Lohndrücker empfunden werden, die heute noch keine „Weltmarktlöhne“ beziehen. Was die Preissteigerung angeht, so weiß jeder, der die Arbeiterverhältnisse kennt, daß die Löhne mit dem Sinken der Währung und dem Steigen der Preise nicht mitkommen. Gerade die Kreise von Handel und Industrie, die bis in die letzte Zeit hinein wieder an der Börse spekulierten und sich für ihre privaten Zwecke Devisen verschafft haben, sind mit die Ursache dafür, daß unsere Währung so in Unordnung gekommen ist. Dieses Treiben ist die Folge der Aufhebung jeder Devisenkontrolle, die Folge des freien Marktes, des Ideals des internationalen Kapitalismus. Diese Verhältnisse müssen in nächster Zeit geändert werden. Wenn wir nicht zur Selbsthilfe greifen, wird zweifellos die Entente einschreiten. Aber vielleicht muß auch dazu erst wieder ein Ultimatum kommen. Unser Bürgertum reagiert ja überhaupt nur noch auf ein Ultimatum, entweder von der Entente oder von der Sozialdemokratie. Diese Verhältnisse müssen geändert werden, weil wir sonst zu österreichisch-polnisch-russischen Wirtschaftsverhältnissen kommen, an denen nicht nur wir kein Interesse haben, sondern an denen eigentlich auch die Londoner City, die amerikanischen Pflanzler, die neutralen Industrie- und Handelskreise nicht das geringste Interesse haben. Diese Verhältnisse haben eigentlich die ganze Weltwirtschaft in Unordnung gebracht. Die skandinavischen Genossen klagen alle Tage, daß bei ihnen ein Drittel der Arbeiter arbeitslos ist. Der Führer der amerikanischen Gewerkschaften, Gompers, hat festgestellt, daß in Amerika sechs Millionen Arbeitslose sind. Das ist in dem Ausfall des deutschen und russischen Konsums auf dem Weltmarkt begründet. Deutschland kann in den valutastarken Ländern nicht mehr kaufen. In Schweden ist der größte Teil der Schifffahrt in den Schären einfach stillgelegt.

Weil der Versailler Vertrag diese Rückwirkung auf die Wirtschaftsverhältnisse der ganzen Welt hat, müßte man annehmen, daß eigentlich die Politiker und die Wirtschaftler der ganzen Welt mithelfen müßten, uns das innere Gleichgewicht unserer Wirtschafts- und Finanzverhältnisse wiederzugeben, dafür zu sorgen, daß unser Budget in Ordnung kommt. Die Parteigenossen müssen sich auch darüber klar sein, daß mit den alten Mitteln unsere Finanzen nicht in Ordnung zu bringen sind, weder mit direkten Steuern allein noch mit indirekten Steuern allein, noch mit beiden zusammen.

Der Versailler Vertrag hat am deutlichsten bei den Steuerforderungen die Wirkung unseres Erfurter Programms gebrochen. Unsere Steuerhoheit ist seit dem Frieden überhaupt beseitigt. Die Reparationskommission ist der Finanzdiktator Deutschlands. Sie hat das Recht, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands von Zeit zu Zeit nachzuprüfen. Sie untersucht, ob nicht irgendetwas anderes Volk von einer Steuer schwerer bedrückt wird als das deutsche Volk. Die Entente hat sozusagen auf alle öffentlichen Einnahmen Deutschlands eine erste Hypothek.

Wir können heute die finanziellen Folgen des Vertrages noch nicht ganz übersehen, weil wir nicht wissen, welche Wirkung es haben wird, wenn es gelingt, die steuerfreien Bons auf dem Weltmarkt unterzubringen. Bisher scheint das noch nicht hervorragend gelungen zu sein. Die Entente sollte sich darüber klar sein, daß, solange die deutschen Finanzen nicht in Ordnung kommen, die Bons nicht mehr Wert haben als die Bons, die wir 1919 ausgegeben und wieder zurückbekommen haben. Es ist die höchste Zeit, daß alle diese Probleme aus dem Bereich der Politik genommen werden und daß die Finanzpolitiker wieder das erste Wort bekommen.

In diesem Zusammenhange muß darauf hingewiesen werden, daß es die höchste Zeit ist, daß eine auf das Abstimmungsresultat gegründete Entscheidung über Oberschlesien, dieses für Deutschland lebenswichtige Gebiet, gefällt wird, das ein Viertel der deutschen Kohlenproduktion umfaßt, 6 Prozent der Roheisen- und 7 Prozent der Stahlerzeugung, drei Viertel der deutschen und 17 Prozent der Zinkproduktion der ganzen Welt. Es ist unerhört, daß wir, weil die oberschlesische Frage noch offen ist, heute im Osten noch nicht einmal feste Grenzen haben.

Vor kurzem ist ein Buch des früheren amerikanischen Staatssekretärs Lansing über den Versailler Frieden erschienen. In diesem Buche hat Lansing erklärt, wie er schon im Frühjahr 1919 in Paris immer wieder darauf aufmerksam gemacht hat, daß es notwendig sei, so schnell wie möglich einen Präliminarfrieden mit Deutschland zu schließen, um dadurch geordnete Wirtschafts- und Finanzverhältnisse anzubahnen. Er kam damit nicht durch. Er fürchtete selbst, daß bei den deutschen Verhältnissen der Bolschewismus leicht auf Deutschland übergreifen könnte. Er sagt in dem Buch, daß damals alles auf des Messers Schneide stand und die Rettung nur gekommen sei, weil in Deutschland ein so an Gehorsam gewohntes Volk gewohnt hätte. Diese Motive sind natürlich falsch. Die Rettung vor dem Bolschewismus kam deswegen, weil wir in Deutschland politisch erzogene demokratische Sozialisten hatten (Sehr gut!), die den Bolschewismus ablehnten. Der Mehrheitssozialdemokratie ist es zu verdanken gewesen, daß in diesen schwierigen Zeiten der Bolschewismus Deutschland nicht überflutet hat. (Sehr richtig!) Wir können feststellen, daß man uns das weder innen noch außen gedankt hat. (Sehr richtig!) Ich möchte aber auch die Deutschnationalen daran erinnern, wie ihre Führer noch bei dem letzten Berliner Märzputsch 1919 in den Wandelgängen des Weimarer Theaters feujend herumgelappt sind und gesagt haben: Wird's denn Roste schaffen? Das war damals ihre Sorge. Wir sind damals eingesprungen und haben Deutschland gerettet.

Was waren nun die Motive, die insbesondere die französischen Politiker veranlaßt haben, Lanfings Pläne zu sabotieren? Die Franzosen fürchteten wegen des Daniebertergens ihrer eigenen Industrie, daß sich dieses Deutschland wirtschaftlich zu schnell erholen könnte. Und wohin führt die Politik der Entente unter französischer Führung heute? Wenn wir das, was uns an Reparation aufgezwingen ist, leisten wollten, wenn wir so viel Exportüberschuß erzielen sollten, dann müßte unsere Wirtschaft geradezu treibhausmäßig entwidelt werden, dann müßten wir uns in einer Weise erholen, wie wir es praktisch gar nicht für möglich halten. Wir erleben es heute schon, daß die mit uns konkurrierende Welt überall über unsere Dumpingpolitik schreit, diese Politik des Unterbietens. Wir stellen fest, daß das Unterbieten durchaus unfreiwillig ist. Die deutschen Arbeiter bekommen heute keine Löhne, die mit den Löhnen in England und Amerika in Parallele gestellt werden können. Sie sind nicht in der Lage, für sich und ihre Kinder Kleider, Stiefel und Wäsche bei den in Deutschland üblichen Preisen zu kaufen. Das mögen sich die vielen Reisenden aus valutastarken Ländern gesagt sein lassen, die in den ersten Hotels wohnen und ihre Informationen über Deutschland meistens von Großkaufleuten und Bankiers zu beziehen pflegen. Die Ultimatumspolitik müßte uns zwingen, die ganze Welt tot zu konkurrieren. Das hat heute schon dazu geführt, daß Amerika und Italien beispielsweise sich mit dem Gegengift der Wlutaguschläge helfen wollen. So werden die Verhältnisse immer ungesunder in der Weltwirtschaft, und das müßte den in Betracht kommenden Kreisen die Ueberzeugung beibringen, daß der Versailler Vertrag ganz unmöglich der Weisheit letzter Schluß für die nächsten Jahrzehnte sein kann. Diese Waffe ist zu gut geschliffen und schnell schließlich auf die Sieger zurück. Die Welt soll sich überhaupt daran gewöhnen, daß so vieles von dem, was nach und während des Krieges prophezeit worden ist, nicht eintrifft. Ich erinnere nur an die Prophezeiungen von dem furchtbaren Kohlenmangel. Heute ist dieser Kohlenmangel nicht da. Man hat uns immer wieder gesagt, daß die Weltwirtschaft furchtbar leiden müßte, weil nicht genügend Schiffe da wären. Heute liegt in den valutastarken Ländern die Schifffahrt danieder, weil die hohen Frachten nicht bezahlt werden können. So wird eine Prophezeiung nach der anderen durch die Tatsachen ad absurdum geführt, und wir werden normale Verhältnisse nicht bekommen, solange nicht Deutschland und Rußland wieder in den normalen Weltwirtschaftsverkehr eingeschlossen werden, solange vor allen Dingen auch das deutsche Ueberseeigentum nicht wieder freigegeben wird, solange die Auslandsguthaben nicht gesichert sind, wenn auch unter der Führung Englands heute schon einige Staaten auf diese Bestimmungen des Versailler Vertrages verzichtet haben. Vor allem müssen die infamierenden Bestimmungen geändert werden, die vielfach in dem Vertrage enthalten sind. Wir sind beispielsweise gezwungen, in den nächsten Jahren Konsulate zu dulden von all den Ländern, die irgendwo in Deutschland ein Konsulat errichten wollen. Eine nur zur Entwürdigung getroffene Bestimmung, die Deutschland hinter Hedshas und Saiti rangieren läßt. Solche Bestimmungen wirken auf die deutsche Politik zurück.

Das Ausland klagt fortwährend über die Stärke des deutschen Nationalismus. Es behauptet, daß der alte Geist von vor 1914 sich bei uns noch auf allen Gassen breit macht. Ich glaube, wir können für uns in Anspruch nehmen, daß wir diesen Geist täglich mit allen Kräften bekämpfen. Aber dieser tägliche Kampf wird uns durch die Maßnahmen der Ententeregierungen erschwert. (Sehr wahr!) Ich erinnere nur an die unerhörte Parteinehmer der Franzosen für die Polen in Oberschlesien, die von Engländern und Italienern selbst genügend festgestellt worden ist. Ich erinnere an die Nichtaufhebung der Sanktionen im Westen nach der Annahme des Ultimatum, die im Widerspruch zum

Friedensvertrag und Völkerrecht stehen. Ich erinnere daran, wie man überhaupt in den besetzten Gebieten haust, wie Kaserne für den Entente-militarismus in der Zeit der schlimmsten Wohnungsnot gebaut werden muß, wie Milliarden verschleudert werden, die viel besser zum Aufbau der zerstörten Gebiete verwendet werden könnten. (Sehr wahr!)

Wir und unsere Gegner wissen überhaupt noch nicht, wieviel wir für die Besatzungsheere zu zahlen haben. Es wurde seinerzeit zwischen England, Amerika und Frankreich ein Abkommen geschlossen, das die Höhe der Besatzungskosten auf 240 Millionen Goldmark festsetzte. Dieses Abkommen ist uns niemals mitgeteilt worden und bisher auch praktisch von den Regierungen, die es beschlossen haben, noch nicht in Kraft gesetzt worden. Ich will auch daran erinnern, wie die Verwendung farbiger Truppen im besetzten Gebiet fortwährend Nationalisten in Deutschland züchtet, wie die herumreisenden Generale, Obersten und Korvettenkapitäne immer wieder mit den „neuesten Neuigkeiten“ aus Paris die Leidenschaften in Deutschland aufspitzen. Diese unpolitischen Offiziere, die glauben, zu einer aktiven Außenpolitik anzureizen, indem sie den Mund aufreißen.

Diese aktive Außenpolitik ist auch ein Schlagwort. Sie sollte schon einmal kommen, als Simons im Kabinett Fehrenbach sein berühmtes Nein in London aussprach. Damals waren sogar Demokraten ganz begeistert, und kurz darauf kam der furchtbare Ragenjammer, der selbstverfänglich war, weil diese Politik sich einfach nicht verträgt mit den Konsequenzen, die der verlorene Krieg für Deutschland einmal mit sich bringt. Im übrigen wissen wir, daß nach diesem verlorenen Kriege eine aktive Außenpolitik Deutschlands für die nächste Zeit nicht möglich ist, daß aber für später ihre Voraussetzung in erster Linie die Niederhaltung der Offizierspolitik ist. (Sehr wahr!)

Diese entlassenen Offiziere treiben ihr Wesen auch in der Presse, bis in die demokratische Presse hinein, besonders in Bayern.

Einige Beispiele aus der letzten Zeit! Es wird der Regierung vorgeworfen: Vernachlässigung der Deutsch-Südtiroler, Vernachlässigung unserer Posen-er verlorenen Brüder, ungenügendes Eintreten für ein ungeteiltes Oberschlesien, mangelhafte Behandlung der Schulfrage bei den Verhandlungen über den deutsch-amerikanischen Vertrag, ungenügendes Eintreten für die deutschen Interessen bei dem deutschitalienischen Handelsabkommen, Nachgeben bei den Wiesbadener Verhandlungen zwischen Rathenau und Loucheur. Alles das soll Beweis sein für unsere passive Außenpolitik. Schwachköpfe, die das lesen, glauben es auch.

Wir wollen einmal untersuchen: welche Erfolge könnte denn in diesen Fragen eine deutschnationale Regierung haben? Wenn z. B. Herr Herzog, der die Amerikaner im Fliegen und Schwimmen seit langen Jahren beobachtet hat, die deutschamerikanischen Vertragsverhandlungen geführt hätte, oder er sicher für die alldeutschen Kriegstreiber in bezug auf die Kriegsschuld eine chemisch gereinigte weiße Weste mit nach Hause gebracht. Wenn Graf Westarp mit der polnischen Regierung die Verhandlungen zu führen hätte, würde er sicher die größten Konzessionen für unsere verlorenen Brüder in Posen erlangt haben. Und wenn der Edel von Braun, der Vorsitzende des Reichswirtschaftsrats, an Stelle von Rathenau mit Loucheur verhandelt hätte, wäre er sicher viel weiter gekommen als Rathenau, und die ober-schlesische Frage wäre längst gelöst, wenn das deutsche Volk noch kräftig genug wäre, eine Regierung Hessefisch auszuhalten. (Heiterkeit.) Sie wäre gelöst, denn dann wäre Oberschlesien längst ungeteilt bei Polen. (Sehr richtig!) Wenn der deutsche Durchschnittsbürger denken könnte, müßte er sich das alles eigentlich selbst sagen.

Die politische Lage, die wir seit dem November 1918 haben, ist nicht die Folge der Erdölung der Front durch die Helmat, sondern ist durch den Willen

unserer Gegner verursacht, den preußisch-deutschen Militarismus, der militärisch unterlegen war, ein für allemal unschädlich zu machen. Ich beziehe mich hier wieder auf das Buch von Lansing. Es enthält ein Memorandum, das er am 21. September 1918, ehe er Amerika verließ, für das amerikanische Kabinett abgefaßt hat. Er sagt da: „Es ist eine gebieterische Notwendigkeit, Deutschland als Militärmacht ohnmächtig zu machen.“ Und dann weiter: „Darum hält man es beim Abschluß des Friedens für das wichtigste, eine Wiederbelebung des Angriffsgeistes und der ehrgeizigen Pläne Deutschlands unmöglich zu machen.“ Dieses Memorandum Lansing's war schon abgefaßt, ehe das Kabinett Prinz Max von Baden-Scheidemann-Erzberger im Oktober 1918 gebildet war. Es ist weiter interessant, daß das, was an territorialen Venderungen auf der Landkarte Mitteleuropas Lansing der amerikanischen Regierung vorschlug, über die unerhört harten Bedingungen des Versailler Friedensvertrages hinausging.

Das französische Kriegsziel war wegen der dauernden Nachbarschaft zu Deutschland darauf gerichtet, die Militärmaschine Deutschlands ein für allemal zu zerbrechen. Darüber waren sich die Franzosen schon 1917 klar. Beweis dafür ist das französisch-russische Geheimabkommen, das 1917 abgeschlossen wurde, in dem der Rhein als strategische Grenze verlangt wurde und das linksrheinische Gebiet zu einem Pufferstaat mit zunächst französischer Besatzung werden sollte. Ich betone, daß im Dezember 1917 Balfour im Unterhaus erklärt hat, daß die englische Regierung an diesem Abkommen nicht beteiligt sei, und auch seine Ziele der englischen Politik nicht entsprächen. England wollte verhindern, daß ein anderes Elß-Lothringen auf diese Weise entstände. Frankreich hat seine Pläne bis jetzt nicht ganz durchgeführt, aber wir müssen mit der Tatsache rechnen, daß heute noch sehr einflußreiche Zivil- und Militärfreie in Frankreich sich vor einem Revanchekrieg fürchten, nicht in den nächsten Jahren, sondern in den nächsten Jahrzehnten. Sie fürchten sich, weil sie sich sagen, kein Mensch weiß, welcher politische Faktor in den nächsten Jahrzehnten ein wiedererstartetes Rußland sein wird. Frankreich verlangte deshalb die Durchsetzung der völligen Abrüstung Deutschlands. Es hat darin nicht locker gelassen, und es ist, wie wir immer gesagt haben, in dieser Frage stets von der gesamten Entente unterstützt worden. Lloyd George hat noch am 16. August im Unterhaus gesagt: wenn diese Rüstungen einmal verschwunden seien, sei es unmöglich, Rüstungen heimlich herzustellen; das komme immer ans Tageslicht. Nichts Geschehe innerhalb des Deutschen Reiches, was den Alliierten nicht bekannt sei. Kein einziges Schiff werde ohne Mitwissen der Alliierten vom Stapel gelassen und kein Geschöß auf diese Schiffe gestellt, von dem die Alliierten nicht Kenntnis erhielten. — Das ist richtig, und mit dieser Tatsache müssen wir politisch auch rechnen. Wir haben heute noch viel zu viel militärische Entente-kommissionen in Deutschland sitzen. Aber selbst wenn einmal der Tag kommt, an dem sie verschwinden werden, gibt Artikel 213 des Friedensvertrages dem Völkerbund das Recht, durch Mehrheitsbeschluß jederzeit eine Untersuchung in bezug auf Rüstungen in Deutschland zu verlangen, die Deutschland dann einfach zu dulden hat.

So wird die Entente für die ganze Dauer des Vertrags in der Lage sein, die militärischen Verhältnisse Deutschlands zu kontrollieren. Es ist unmöglich, hinter dem Rücken der Entente etwa die Kadres zu schaffen für eine künftig zu bildende Armee, die Deutschland von den Fesseln des Versailler Vertrags befreien sollte. Eine Wiederholung des Werks von Scharnhorst und Gneisenau würde heute einfach an unserer großen Publizität scheitern. Aber die Generale, die immer auf Scharnhorst und Gneisenau hinweisen, mögen sich gesagt sein lassen, daß Scharnhorst und Gneisenau niemals die Armeen für 1813 auf die Beine gebracht hätten, wenn sie im Lande herumgerüstet wären und groß-

mäulige Reden gehalten hätten. (Lebhafte Beifall.) Weil die Entente alles erfährt, ist es ein so großes Verbrechen, daß die Kahr-Regierung durch ihre hinterhältigen Maßnahmen die Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren solange hinausgeschoben hat und alle die sind Verbrecher, die jetzt wieder versuchen, für diese Einwohnerwehren irgendeinen Ersatz zu schaffen.

Aufs schärfste muß der Frontkämpfertag im Stadion verurteilt werden. Mit welcher Frivolität er inszeniert wurde, geht daraus hervor, daß man sogar aus Doorn von dem entkränkten Deserteur ein Telegramm bestellte, indem er ganz wie früher telegraphierte: „die Erinnerung an diese große Zeit ist das Leuchtfeuer in dem noch nicht gelichteten Dunkel der deutschen Zukunft.“ (Hört, hört! und Lachen.) Wir haben die Ueberzeugung, daß dieser Hansnarr persönlich unschädlich ist, aber es schädigt den deutschen Namen und das deutsche Volk hat die Zeche zu zahlen, wenn bei einer solchen Gelegenheit Tausende politisch Unmündige sich hinstellen und ausgerechnet singen: „Heil Dir im Siegertranz.“ (Hört, hört! und große Heiterkeit.)

Was für die Garde in Berlin inszeniert wurde, wird jetzt systematisch für die aufgelösten Linienregimenter im Lande inszeniert. Diese Regimentsfeiern wirken nach außen wie Kontrollversammlungen. (Sehr richtig!) Wir müssen uns diese alberne Soldatenspielererei, die in unsere Zeit nicht mehr paßt, energisch verbitten und von der Regierung verlangen, daß sie eingreift, ehe sie schließlich von außen dazu gezwungen wird. Vor allen Dingen sollen sich diese Herren gefügt sein lassen, daß es, solange sich dieser Geist in Deutschland breit macht, zu einer Revision des Versailler Vertrags nicht kommen wird, daß sie mit diesem gemeingefährlichen Treiben geradezu die revisionsfreundliche Arbeit im Ausland hindern. (Lebhafte Zustimmung.) Der nationalistische Geist, der in Deutschland auf höheren Schulen und Universitäten gezüchtet wird, muß verschwinden. Erst wenn neben der Arbeiterschaft auch die besitzenden Schichten Deutschlands einen neuen Geist zeigen, werden Verhandlungen auf Revision des Friedensvertrags Aussicht auf Erfolg haben. Im besetzten Gebiet wird mit Recht verlangt, daß die Zeit der Besetzung abgekürzt wird. Solange sich aber in den führenden Schichten des deutschen Bürgertums kein neuer Geist zeigt, werden Verhandlungen über diese und andere Punkte sicher keinen Erfolg haben. Insbesondere die Bevölkerung der besetzten Gebiete mag sich deswegen bei dieser Sorte Patrioten bedanken. (Sehr richtig!)

Immer wieder wird gesagt, daß eine objektive Klärung der Schuldfrage notwendig sei. Glauben denn diese Marktschreier des Afterpatriotismus, daß sie die mit ihrem Geschrei erreichen können? Die Rechtsparteien belieben es so darzustellen, als ob das deutsche Schuldbekenntnis die ganze Unterlage für den Friedensvertrag abgebe. Das ist falsch. Die Unterlage war das Bekenntnis Ludendorffs zur Niederlage in seinen Depeschen an den Prinzen Max im Oktober 1918. (Sehr richtig!) Das hat den Gegnern gezeigt, daß es Matthäi am letzten mit der deutschen Kraft ist. Wir Sozialdemokraten haben niemals behauptet, daß Deutschland die alleinige Schuld an Kriege trage. Wir haben die Deffnung unserer Archive durchgesehen und verlangt, daß auch die Entente-länder ihre Archive öffnen. Aber eine Politik, die zur Klärung der Schuldfrage führen soll, hat doch nur dann Erfolg, wenn die Wortführer des deutschen Volks den Teil der Schuld zugeben, der zweifellos der Regierung Deutschlands von 1914 zuzurechnen ist.

Eine Reinigung der europäischen Atmosphäre ist erst möglich, wenn auf der einen Seite die Welt sich davon überzeugt, daß das neue Deutschland innerlich überzeugt pazifistisch ist, und wenn andererseits der Anfang damit gemacht wird, die Grundzüge durchzuführen, um derentwillen die Entente diesen Krieg angeblich geführt hat, die so schön in den Flugblättern zusammengestellt sind,

die über der deutschen Front niedergeworfen und den deutschen Gefangenen in die Hand gegeben worden sind. Alle diese Ideale wurden aber während der Pariser Verhandlungen in der Dunkelkammer stückweise abgelegt.

Was ist denn eigentlich von den 14 Punkten Wilsons übriggeblieben? Wo ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker durchgeführt? Wo ist die Geheimdiplomatie abgeschafft? Wo bleibt die Freiheit der Meere, wo die allgemeine Rüstungsbeschränkung, wo die Ausschaltung aller Spezialverträge? Wo sind die gleichen Handelsbeziehungen für alle großen und kleinen Nationen? Wo ist trotz der Errichtung des internationalen Arbeitsamts praktisch etwas für die Arbeiter geschehen, denen man Besserung ihrer Lage in der ganzen Welt versprochen hat, solange sie im Schützengraben gelegen haben? Auf dem Boden sozialer Gerechtigkeit sollte nach Artikel 387 des Versailler Vertrags der Weltfriede begründet werden. Dauernde Wohltaten wollte der Völkerbund unter den Arbeitern der Welt verbreiten; und wir haben erlebt, daß fast in allen Parlamenten den ganz ungenügenden Beschlüssen der Washingtoner Konferenz die größten Schwierigkeiten gemacht und daß sie schließlich nicht ratifiziert wurden. Das wird so bleiben, solange wir nicht wieder eine starke geschlossene Internationale der Arbeiter haben. Schon bisher ist die Haltung der deutschen Arbeiterklasse das größte Aktivum der deutschen Außenpolitik. Die deutsch-französischen Bauarbeiterverhandlungen in Genf, die Verhandlungen, die die beiden sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften im Frühjahr in Amsterdam geführt haben, der Internationale Jugendtag in Bielefeld, die Abwehr des Kapp-Putsch, der Riesenaumarsch der deutschen Republikaner nach der Ermordung Erzbergers, das alles hat nach außen seine Wirkung zugunsten Deutschlands gehabt, wie überhaupt für eine aktive deutsche Außenpolitik das allerwichtigste ist, die monarchische Reaktion in Deutschland völlig in die Defensive zu drängen. (Sehr richtig!)

Die Hohenzollern gehören in Deutschland der Geschichte an und sollten sich endlich einen nützlichen Beruf wählen. (Sehr richtig!) Jeder ehrliche Monarchist weiß auch, daß eine Rückkehr der Hohenzollern auf den Kaiserthron gar nicht möglich ist. (Sehr richtig!) Selbst wenn sie — einmal angenommen, aber nicht zugegeben — durch einen Militärputsch gelänge, so würde dieses Possenspiel keine acht Tage dauern. Der meiseidige Karl von Habsburg hat dazu auf seinem Budapestter Spaziergang schon genügend Erfahrungen gemacht. Die gesamte Entente würde mit Recht annehmen, daß jeder künftige deutsche Kaiser um der Selbsterhaltung der Monarchie willen den Revanchekrieg vorbereiten müßte. Im Interesse der Wohlfahrt ihrer Völker würden deshalb die Entente-regierungen einen solchen Störenfried von der Regierung in Deutschland fernhalten. Deutschland kann in der Zukunft überhaupt nur als Republik leben. Unser Ziel muß sein, dieses Deutschland als Republik, als gleichberechtigtes Glied in die große europäische Völkerfamilie einzuführen.

Wir wollen keinen Zweifel darüber lassen, daß der Völkerbund von heute dem Ideal, das wir von ihm haben, in keiner Weise entspricht. (Sehr richtig!) Nicht nur, weil Deutschland, Rußland und Amerika zunächst nicht in diesem Bunde sind, und diesem Völkerbund als ein Makel der Geburt anhängt, daß er gleichzeitig mit dem Gewaltfrieden von Versailles in Kraft getreten ist. (Sehr richtig!) Die Welt ist gegen eine deutsche Kritik dieses Völkerbundes etwas empfindlich; deshalb will ich über diesen Völkerbund lieber den Staatssekretär Lansing reden lassen, der in seinem Buch sagt, daß dieser Völkerbund statt eine Organisation zur Verhütung von Kriegen eine solche zur Durchführung des Friedensvertrages wäre, um den Siegernationen die Früchte des Siegs zu sichern. Er nennt den Völkerbund eine Oligarchie der großen Mächte. Auf Grund der Erfahrungen in Genf hat Branting neuerlich etwas ähnliches

gefragt. Lansing zitiert zustimmend englische Staatsmänner, die im Frühjahr 1919 gefragt haben: Der einzig erkennbare Zweck des Völkerbundes scheint zu sein, einer Reihe ungerechter Bestimmungen, die aufgedrungen worden sind, dauerndes Leben zu verleihen. Er nennt diesen Völkerbund weiter eine Organisation, die dem Unrecht einen Stempel des Rechts aufdrücken soll.

Eine solche Kritik ist nur zu berechtigt. Wir wollen dabei nicht vergessen, daß Lansing aus ganz anderen Motiven zu dieser Kritik kommt wie wir. Er ist Anhänger der Monroe-Doktrin. Er fürchtete, daß die Vereinigten Staaten von Amerika in diesem Völkerbund immer in der Minorität blieben. Er ist im übrigen einer von den Frommen, die glauben, daß Kriege einmal zur göttlichen Weltordnung gehören und nicht auszurotten wären.

In Washington findet nächstens eine Abrüstungskonferenz statt. Wir wissen nicht, ob sie uns Besseres in der Richtung der Erreichung unseres Ideals bringen wird als das Versailler Werk. Für uns kommt nur in Betracht: liefert dieses Versailler Werk einen Grund, auf dem weitergebaut werden kann. Auf Grund der Erfahrungen der Genfer Verhandlungen muß gesagt werden, daß dieser Apparat bisher noch nicht funktioniert. Er hat den Wilnaer Konflikt nicht gelöst. Er hat nicht verstanden, in den türkisch-griechischen Konflikt einzugreifen. Wo bleibt der uns versprochene Gottesfriede, der nach fünfjährigem Morden unter den Söhnen von fünf Kontinenten eintreten sollte?

Aber dieser Völkerbund hat noch nicht einmal die Geheimverträge abgeschrieben, die nach seinen Satzungen registriert und veröffentlicht werden sollten. Wir wissen, daß z. B. ein französisch-polnischer Geheimvertrag existiert. Er ist noch nicht in das Register in Genf aufgenommen worden. Ein Völkerbund, der seinen Zweck erfüllen soll, muß sich ganz andere Autorität verschaffen. Wir haben in Genf erlebt, daß die Frage aufgeworfen wurde, ob die Arbeit des Völkerbundes nicht zu kostspielig wäre. Ein wirklicher Völkerbund, der den Frieden der Welt garantiert, wird niemals für die Völker zu kostspielig sein. Wir als Sozialdemokraten müssen verlangen, daß der Völkerbund nicht eine Diplomatenkonferenz bleibt, sondern daß vor allem die Parlamente und Parteien der Welt am Völkerbund beteiligt werden. (Sehr richtig!) Er muß zu einem Weltparlament werden, wo sich die Sozialisten, Freihändler und Pazifisten der verschiedenen Länder treffen. Nur die Nationalisten der einzelnen Länder, soweit sie proportional in dieses Weltparlament geschickt werden, müssen dort isoliert werden.

Wir müssen verlangen, daß dieser Völkerbund entpolitisiert wird. Die Politiker und Diplomaten werden immer dazu neigen, Rechtsfragen mit Konzeptionen und durch Kompromisse zu erledigen. Sie werden sich von ihren nationalen egoistischen Interessen leiten lassen. Für die Entscheidung von Rechtsfragen dürfen aber nur die Grundsätze des Völkerrechts maßgebend sein. Deshalb ist ein internationaler Schiedsgerichtshof notwendig. Wenn uns die Tore des Völkerbundes geöffnet sein werden, sind wir bereit, an der Verbesserung dieses Völkerbundes mitzuarbeiten. Der Erfolg dieser Arbeit wird von dem Vertrauen abhängen, das wir uns als deutsches Volk in der Welt erwerben. Wir setzen unsere Hoffnung auf Revision des Vertrages nicht auf Intrigen. Wir wollen keine Bündnispolitik mit einzelnen treiben, sondern mit all den Völkern zusammenarbeiten, die willens sind, mit uns gemeinsam für den Frieden der Welt zu arbeiten. Deutschland genießt heute schon Vertrauen, das hat die Abstimmung in Schleswig, in Oberschlesien und in den Masurischen Gebieten gezeigt. Die Deutschen haben auch draußen Vertrauen. Das zeigt uns alle Tage der Wille der Deutschösterreicher, zu uns zu kommen. Übrigens auch ein Wille, der sich nur auf die deutsche Republik bezieht. (Sehr richtig!) Die Masse der Österreicher würde sich dafür bedanken, etwa zu einer deutschen

Monarchie zu kommen. Es ist nun notwendig, auch über diese Kreise hinaus in der großen Welt, in der früher uns feindlich die Welt, Vertrauen zu erwerben. Das können wir nur durch eine friedfertige Politik, die die Höfen einer blutigen Vergangenheit ein für allemal von unseren Hausaltären verbannt.

Nur so wird es möglich sein, einen wirklich gerechten und dauerhaften Frieden eines Tags für uns zu erlangen. Wir werden das nicht durch Proteste und Deklamationen erreichen. Wir werden es nur erreichen durch unsere Arbeit, durch Erfüllung des Friedensvertrags, soweit es in unseren Kräften steht. Wir werden es nur dadurch erreichen, daß wir der Welt klarmachen, daß ein neuer Geist in Deutschland eingezogen ist. (Sehr richtig!) Nur so wird es möglich sein, allmählich die Schrecken des Kriegs in Deutschland und in der Welt zu lindern. Nur so wird die Welt auf die Dauer genesen können und ein wirklicher Friede auf Erden garantiert werden. (Langanhaltender lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende Wels teilt mit, daß Telegramme von verschiedenen Organisationen der Arbeitsinvaliden eingelaufen sind, die den Parteitag dringend ersuchen, ihrer zu gedenken. Er erklärt dazu, daß der Parteitag durch Annahme der Resolutionen, die die Reichstagsfraktion ersuchen, dem Los der Arbeitsinvaliden die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden, diesen Wünschen Rechnung getragen habe.

Das Mitglied der ersten Internationale von 1871, Genosse van Kol, hat einen Brudergruß übersandt.

Folgende Erklärung ist auf dem Bureau abgegeben worden:

Zu dem Antrag 315 ist vorgestern mit genügender Unterstützung namentliche Abstimmung beantragt worden. Der Vorsitzende Wels hat trotz dem zugelassen, daß beantragt wurde, den Antrag 315 durch die Annahme des Antrags 304 für erledigt zu erklären. Trotz der Zustimmung der Mehrheit des Parteitags ist der Vorsitzende nicht von dem Vorwurf freizusprechen, daß er eine Geschäftsführung gegen die Geschäftsordnung zuließ und betrieb. Wir protestieren dagegen und geben diese Erklärung zu Protokoll.

Estlein, Kieß, Mardwald und drei unleserliche Unterschriften.

Ich erkläre dazu, daß diese Erklärung mich nicht trifft. Ich habe kein Mittel, zu verhindern, daß Anträge gestellt werden, Anträge durch Annahme eines anderen Antrags als erledigt zu erklären, auch wenn dazu von 30 Genossen namentliche Abstimmung beantragt ist. Der Wille des Parteitags war festgestellt. Der Rüssel richtet sich gegen die Mehrheit des Parteitags, nicht gegen das Bureau. Die Erklärung geht zu Protokoll, ebenfalls die folgende:

Hätte ich an der Abstimmung teilnehmen können, so würde ich bei der Abstimmung über die Resolution 304 mit Ja gestimmt haben.

Trinfs-Karlsruhe.

Die Verhandlungen werden hierauf auf Freitag 9 Uhr vertagt.

Schluß der Sitzung 1 Uhr 20 Minuten.

## Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 23. September 1921, vormittags 9 Uhr.

Der Vorsitzende Wels eröffnet die Sitzung mit der Verlesung eines Begrüßungstelegramms der im Gewerkschaftshaus zu Berlin versammelten Vertrauensleute der parteigenösslichen Beamten aller Behörden. Das Telegramm wird mit lebhaftem Bravo aufgenommen.

Dann erhält zum Bericht der Beschwerdekommision das Wort **Kirchner-Altona**: Am 13. August 1920 wurde vom Bezirksverbandsvorstand des Bezirks Magdeburg-Anhalt der Genosse Willi Kessler aus der Partei-



organisation ausgeschlossen und seines Amtes als Parteisekretär enthoben. Ein darauf eingesetztes Schiedsgericht hat ein Urteil gefällt, wonach der Ausschluß des Genossen Kessler aus der Partei nicht zu Recht besteht; es hat aber dem Genossen Kessler auf die Dauer von fünf Jahren das Recht aberkannt, Funktionen innerhalb der Sozialdemokratischen Partei auszuüben. Der Genosse Kessler wandte sich an den Parteitag als Berufungsinstanz. Die Beschwerdekommision, die den Fall zu prüfen hatte, konnte sich nicht dazu verstehen, dem Parteitag zu empfehlen, den Tenor des Schiedsgerichtsurteils irgendwie abzuändern. Es heißt in diesem Tenor:

Das Schiedsgericht kam unter Berücksichtigung verschiedener mildernder Umstände zu dem Schluß, daß Kessler wohl eine tatsächlich ehrlose Handlung nicht begangen hat, daß er aber in unverantwortlicher, fahrlässiger und leichtfertiger Weise sein Vertrauen als Parteisekretär grob mißbraucht hat. Das Schiedsgericht konnte nach diesem Tatbestand nicht den Ausschluß aus der Partei aussprechen, aber es spricht die Ausschließung Kesslers von Vertrauensämtern in der Partei auf die Dauer von fünf Jahren aus.

Die Beschwerdekommision empfiehlt dem Parteitag, diesem Urteil vollinhaltlich beizutreten.

Es wird gemäß dem Antrage der Beschwerdekommision beschloffen.

Der Parteitag tritt dann in die Diskussion über Punkt 4 der Tagesordnung ein.

**Ostonski-Kattowiz:** Der Antrag 335 befürwortet sich eigentlich von selbst. Es ist daher nicht notwendig, weiter darauf einzugehen. Ich möchte aber über die obereschlesischen Verhältnisse einiges sagen und eine Anklage an den Bälterbund richten, sowie eine Warnung an alle Arbeiter und alle demokratischen Bürger nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt. Was sich augenblicklich in Oberschlesien abspielt, ist nicht nur Tragödie eines Volkes, sondern vor allen Dingen auch die Tragödie Europas. Wir haben seit einhalb Jahren die Regierung der Interalliierten Kommission, die Treuhänder der Entente ist. Wie diese Herren in Oberschlesien regieren, haben Sie aus den Zeitungsberichten zur Genüge erfahren; aber Sie werden nicht erfahren haben, wie die Arbeiter Oberschlesiens das am eigenen Leibe spüren. Die Interalliierte Kommission sollte eigentlich der Vertrauenskörper des obereschlesischen Volkes sein, sie sollte alle Einrichtungen des Landes getreulich verwalten und der Regierung oder den Regierungen, die nach ihr das Land übernehmen, das Land auch in dem Zustande übergeben, wie es die Bewohner des Landes verlangen. Wir können heute ruhig, ohne der Entente und der Interalliierten Kommission zu nahe zu treten, sagen, daß die Regierung in Oppeln diese ihre Aufgabe gar nicht erfüllt hat. (Sehr richtig!) Sie hat eine ganze Menge von Rechten, die das obereschlesische Volk nach der Revolution besessen hat und die in Deutschland selbstverständlich sind, einfach unter den Tisch fallen lassen. In Oberschlesien herrscht heute die unverhüllte Diktatur eines Drei-Männer-Kollegiums. Im Anfange hat man wohl gewisse Bedenken gehabt, das obereschlesische Volk allzu rigoros zu behandeln. Man versuchte, die Stimmung des Volkes kennenzulernen, und in der ersten Zeit ist man vor drakonischen Maßnahmen zurückgeschreckt. Aber nach und nach ist man dreister geworden, und heute hat die Interalliierte Kommission, gestützt auf die nationale Uneinigkeit und vor allem auf den Gegensatz der Stände in Oberschlesien ein äußerst leichtes Spiel mit den Bewohnern des Landes. Am Anfange hat man dem Volke, um wenigstens einen Schein von Demokratie zu wahren, einen Beirat versprochen, der sich aus polnischen und deutschen Gliedern zu gleichen Teilen zusammensetzen sollte. Dieser Beirat ist einmal in feierlicher Audienz vom General Le Rond empfangen worden. Alles ist nur diktiert worden, ohne das Volk zu fragen.

Im Friedensvertrag steht, daß die deutschen Rechte und die deutsche Gesetzgebung für Oberschlesien maßgebend sein sollen; allerdings soweit es die Interalliierte Kommission genehmigt. Die Interalliierte Kommission hat gleich von Anfang ihrer Regierung an alle Gesetze mit sauerem Gesicht angesehen, die irgendwie Sozialgesetze waren. Ich erinnere an das Betriebsrätegesetz. Die obereschlesischen Arbeiter wollten, daß auch in Oberschlesien wie im übrigen Deutschland dieses Gesetz durchgeführt würde. Die Freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei haben sich sofort dafür eingesetzt; dagegen haben leider damals unter dem Einfluß der politischen Zerrissenheit die Unabhängigen, die Kommunisten gesprochen und geschrieben, sogar die polnischen Sozialisten haben dagegen agitiert, und selbstverständlich auch sämtliche Bürgerliche in Oberschlesien. Wir haben damals zu dem Mittel der Demonstration gegriffen und in Hindenburg, das heute eine polnische Mehrheit hat, sind mehr als 60 000 Arbeiter auf dem Marktplatz zusammengetrömt, um für das Betriebsrätegesetz zu demonstrieren. (Hört, hört!) Das Ergebnis war, daß die Interalliierte Kommission das Betriebsrätegesetz eingeführt hat, und heute freuen sich sogar die Polen darüber, daß wir das Betriebsrätegesetz in Oberschlesien haben.

Aber wenn wir auch damals unter dem Druck der Massen das Betriebsrätegesetz durchführen konnten, so sind doch verschiedene sehr wichtige Gesetze in Oberschlesien nicht zur Geltung gekommen. Ich erinnere an die Siedlungsgesetze, die in Deutschland wenigstens in ihren Anfängen vorhanden sind. Die Siedlungskommissare, die nach Oberschlesien geschickt wurden, sind von der Interalliierten Kommission einfach zum Teil verhaftet und über die Grenze zurückbefördert worden. Das Eigentum der Großgrundbesitzer ist nicht angetastet worden. Man ist auch den Industriellen in keiner Weise auf die Hühneraugen getreten. Sie wissen, daß die Bergarbeiterwohnungen im ganzen Reich aus einem Fonds errichtet werden, der aus den Kohlenpreisen gezahlt wird. Unter der Aufsicht der Arbeiter werden aus diesem Fonds die Werkwohnungen errichtet. In Oberschlesien hat die Interalliierte Kommission einen solchen Aufsichtsrat aus Arbeitern und Unternehmern nicht genehmigt. Dort haben die Industriellen auch heute noch das Recht, wenn sie wollen, Wohnungen zu bauen oder sonstige diesen Fonds für sich zu verwenden.

Die unglücklichste Einrichtung sind die Sondergerichte, die von der Interalliierten Kommission eingeführt worden sind. Die deutsche Gesetzgebung darf natürlich gemäß dem Friedensvertrag nicht angetastet werden; aber man hat in Oppeln ein besonderes Gericht eingesetzt, und dieses Gericht bestraft jedes Augenzeugen gegen die Interalliierte Kommission in rückwärtsloser Weise. Selbstverständlich steht es sich dabei auch seine Leute an. In der Verfügung, mit der dieses Gericht eingesetzt wurde, heißt es ausdrücklich, daß jeder, der einen Angehörigen der Interalliierten Kommission beleidigt, vor dieses Gericht gezogen wird. Dieser Zustand ist unhaltbar.

Noch unhaltbarer sind die Dinge, wie sie sich in den einzelnen Kreisen entwickelt haben, in denen die Interalliierte Kommission scheinbar nicht die Macht hat, einzugreifen. In Oberschlesien hat jeder Kreiskontrollleur eigentlich die Rechte eines kleinen Königs; er richtet sich im allgemeinen nur nach den Generalbestimmungen, die in Oppeln erlassen werden. Es kann vorkommen, daß in dem einen Kreis Versammlungen erlaubt werden, daß die Zeitungen schreiben können, was sie wollen, daß aber im Nachbarreise jede Vereinsversammlung verboten ist. In dem einen Kreis wird ein wohlwollendes Verhalten gegenüber den anderen Nationen geübt, während im anderen Kreise ein Terror irgendeiner Nation gegen die anderen herrscht. Diese Zustände zu beseitigen, ist der Interalliierten Kommission noch nicht gelungen, und ich habe

die Befürchtung, daß sie gar nicht das Bestreben hat, diese Zustände zu beseitigen; denn ihr liegt ungeheuer viel daran, daß das Volk in Oberschlesien unter sich nicht einig wird.

Der Selbstschutz besteht somit auf deutscher wie auf polnischer Seite, und er wirkt auf beiden Seiten unheilvoll. Man hat erst vor ungefähr vierzehn Tagen in Eichenau einen Kampf mit einer Bande von ungefähr 40 Banditen aus Polen führen müssen, und man hat zwei Kompagnien Franzosen mit zwei Tanks aufbieten müssen, um diese Leute zu vertreiben. Gefangen hat man aber nicht einen einzigen; erschossen sind zwei; auch ein Oberwachmeister der Apo ist verwundet. Ich erinnere daran, daß vor ungefähr drei Wochen der Genosse Reinet aus Paulsdorf bei Hindenburg einfach aus seiner Wohnung abends gegen 11 Uhr von Gemeindefreiwachern, also Angestellten der Interalliierten Kommission, herausgeholt, auf die Straße geschleift, furchterlich verprügelt und dann an irgendeiner Straßenecke erschossen worden ist. (Lebhafte Rufe: Hört, hört!) Die Beamten, die diese Tat ausgeführt haben, sind heute noch im Amt, ohne daß meines Wissens ein Verfahren gegen sie eingeleitet worden ist. (Lebhafte Rufe: Pfui!) Das sind unerträgliche Zustände.

Das ist die Anlage, die ich an die Interalliierte Kommission und an die Entente zu richten habe. Die Anlage nämlich, daß sie den Endentscheid über Oberschlesien so ungeheuerlich lange verzögert hat, daß sie die Zeit benutzt hat, um alle Nationen und Parteien und Stände gegeneinander auszuspielen, um schließlich unbeschränkt zu herrschen.

Aber die Warnung, die ich an die Arbeiter aller Länder richten möchte, bitte ich, sehr zu beherzigen. Was sich augenblicklich in Oberschlesien abspielt, ist nicht nur für die deutschen Arbeiter, sondern auch für die polnischen, für die englischen und französischen Arbeiter bedenklich. Im Augenblick hat man es verstanden, die Nationen gegeneinander auszuspielen. Augenblicklich stehen sich die polnischen und deutschen Arbeiter ziemlich feindlich gegenüber. Der Nationalpaß ist im ganzen Volke so stark, daß man kaum auf Verständigung rechnen kann. Aber man hat dabei — dies Gefühl werde ich nicht los — einen Gedanken, der uns sehr gefährlich werden kann. Einmal sprach man davon, daß im Friedensvertrage steht: die Abstimmung soll unbedingt für die Zuteilung des Landes maßgebend sein. Dabei hat sich jeder von uns gedacht: wenn wir eine Mehrheit für Deutschland bekommen, dann wird das Land unbedingt deutsch bleiben. Später ist eine andere Version aufgetaucht, daß man das Land je nach der Stimmung im Lande verteilen will. Wo also eine polnische Mehrheit ist, da will man das Land den Polen zuteilen. Die Gebiete, die deutsch gestimmt haben, sollen deutsch werden. Aber heute taucht langsam aus dem Hintergrunde die Gefahr des Freistaates auf. Vor ungefähr einviertel Jahren hatte ich Gelegenheit, mit dem Major Dillen in Beuthen eine Unterhaltung über die Zukunft Oberschlesiens zu führen. Schon damals sagte mir dieser Mann, er habe der englischen Regierung eine Denkschrift eingereicht, die 60 Möglichkeiten der Verteilung Oberschlesiens enthalte, und eine der hauptsächlichsten dieser Möglichkeiten war der Freistaat. Ich bin überzeugt, daß diese Denkschrift der englischen Regierung in die Hand gegeben wurde, und ich bin etwas verwundert darüber, daß die Öffentlichkeit während der ganzen Zeit nichts davon erfahren hat. Aber nach dem Kurs, der in den letzten Monaten in London wie in Paris eingeschlagen worden ist, bin ich der festen Überzeugung, daß man jetzt nach diesem Vorschlage arbeiten wird.

Oberschlesien ist heute das Dorado für jeden politischen Abenteurer. In Oberschlesien laufen allerlei Subjekte herum, die für Geld und gute Worte für alles zu haben sind. Unter ihnen ist jetzt ein gewisser Stroda in Beuthen plötzlich aufgetaucht, von dem bisher kein Mensch etwas wußte. Er ist jetzt Präsident

der Einheitspartei Oberschlesiens und hat ungeheure Mittel, während er früher nichts gehabt hat. Aus deutscher Quelle kann er diese Mittel nicht bekommen haben, aus polnischer Quelle ebenfalls nicht. Es bleiben nur übrig die Industriellen Oberschlesiens und vielleicht Kreise, die der Interalliierten Kommission sehr nahe stehen. Es ist bezeichnend, daß zur Zeit des Belagerungszustandes wir keine Versammlungen in Oberschlesien abhalten durften, daß aber die Einheitspartei des Herrn Stroda von der Interalliierten Kommission anerkannt worden ist und auch die Erlaubnis erhielt, Versammlungen abzuhalten. Herrn Stroda ist überhaupt in keiner Beziehung etwas in den Weg gelegt worden. Dieser Umstand ist für uns sehr bedenklich, und die Arbeiter haben alle Ursache, ihn im Auge zu behalten.

Einer der Grundzüge der Einheitspartei Oberschlesiens ist die Entfernung aller nichtgebürtigen Oberschlesier aus allen Verwaltungsstellen und aus den Führerstellen des Volkes. (Lachen.) Was bezweckt man damit? Aus Deutschland und auch aus Polen sind die Intelligenzen nach Oberschlesien eingewandert. In dem Augenblick, wo diese Intelligenzen über die Grenze geschoben werden, haben natürlich die reaktionären Kräfte freies Spiel, und was dann aus den Arbeitern wird, kann man sich denken. Ich habe mir sagen lassen, daß auch in Deutschland gewisse Arbeiterkreise mit der Idee des Freistaates Oberschlesien spielen. Ich möchte dringend davor warnen; denn das wäre das Furchterlichste, was den Arbeitern Deutschlands und Polens geschehen könnte. Der Freistaat Oberschlesiens wäre das Aufmarschgebiet der Entente sowohl gegen die Polen, wenn sie demokratische Gefühle haben, wie auch gegen die Deutschen. Augenblicklich hat der Selbstschutz, wie mir von zuverlässiger Seite versichert worden ist, ca. 70 000 Mann; die Polen haben ungefähr dieselbe Zahl. Rechnen Sie dazu noch die Interalliierten Truppen und sonstige Leute, die noch herangezogen werden können, dann stehen in Oberschlesien ungefähr 200 000 Mann. Wir haben kürzlich den Versuch gemacht, alle sozialistischen Arbeiter Oberschlesiens zusammenzubekommen, um gegen diese Gefahr Front zu machen; es ist leider an dem Widerstand der polnischen sozialistischen Partei gescheitert. Aber die Kommunisten und die Unabhängigen haben sich mit den Mehrheitssozialisten und dem Gewerkschaftsbund daran beteiligt, ebenso wie die Freien Gewerkschaften polnischer Richtung, so daß nur noch die Polnische sozialistische Partei abseits steht. Ich hoffe, daß auch sie zu uns kommt. Es ist notwendig, daß die Arbeiter Oberschlesiens eine einheitliche Front bilden, um den reaktionären Elementen gegenüberzutreten zu können, und daß die Arbeiter Deutschlands wachsam sind gegenüber der Gefahr, die aus Oberschlesien droht.

Heugel-Saarbrücken: Ich komme aus der südwestlichen Ecke des Reiches, aus dem Saargebiet, das eine große Bedeutung jetzt und in der Zukunft für das deutsche Volk hat. Der Parteitag hat verschiedene Momente erhebenden Gefühls gebracht. Ich erinnere an die Frauenkonferenz und an das Treugelöbnis, das die Genossen ihren bayerischen Brüdern ablegten. Es wäre zu wünschen, daß die Treugelöbnis der Süd- und Norddeutschen in der Geschichte fortlebe, wie es mit dem Rüttelschur im Tell der Fall ist. Das Saargebiet, dem man früher den Beinamen „Saarabien“ gab, um zu dokumentieren, daß in ihm arabische Zustände herrschten, ist durch seine Eisen- und Kohlenwirtschaft, wo 100 000 Arbeiter beschäftigt sind, von großer Bedeutung. Wir sind auf 15 Jahre dem Völkerbund unterstellt und haben uns dann darüber zu entscheiden, ob wir ein selbständiges Staatswesen bilden oder dem Deutschen Reich angehören oder französisch werden wollen. In dem Fünfmännerkollegium, das uns jetzt regiert, ist ein einziger Deutscher, ein Mann aus dem Saargebiet. Dieser Mann kann mit seiner einzelnen Stimme nicht zur Geltung kommen, wenn er nicht von außerordentlich starkem Charakter ist. Dieses Fünfmännerkollegium kann unsere



Sitten, Eigenart und Sprache nicht verstehen, insgedessen ist das Verhältnis zwischen Regierung und Volk sehr gespannt.

Als nach dem Umsturz die Besatzungstruppen bei uns einzogen, erklärte ein französischer General: Wir bringen euch die Freiheit. Wie steht diese Freiheit aus? Durch die Doppelwährung sind wir wirtschaftlich in großen Schwierigkeiten. Der Frankenumlauf hat das Wirtschaftsleben aus den Angeln gehoben. Als die Bergleute mehr Lohn verlangten, ist ihnen dieser zugestimmt worden, aber nicht in Marl, sondern in Franken. Auf Grund des günstigen Kursstandes haben die Bergleute dadurch ihr Einkommen verbessern können. Ihnen folgten die Hüttenarbeiter, die Eisenbahner, Postbeamten, und jetzt will man auch den Gemeindebeamten den Franken geben. Die Produktion mußte dadurch ungeheuer verteuert werden. 70 bis 80 Prozent des Absatzes gehen nach dem Deutschen Reich, nur 20 bis 30 Prozent nach dem Westen. Infolgedessen können die Werte nicht mehr mit der deutschen Industrie konkurrieren, die Preise werden höher, und die Unternehmer widersetzen sich den Lohnerhöhungen. Außerdem haben wir wenig Landwirtschaft und müssen den größten Teil der Nahrungsmittel aus Deutschland beziehen. Die Frankeneinfänger sind halbwegs bezahlt, aber unhaltbar sind die Verhältnisse für die Marktempfänger, die Handwerker, Beamten, Angestellten, freien Berufe und besonders die Arbeitslosen und Renteneinfänger. Ein Frankeneinfänger verdient bei der gleichen Leistung je nach dem Kurs 40 bis 80 Prozent mehr als der Marktempfänger. Ein ungelernter Arbeiter von 20 Jahren kann monatlich 3000 bis 3500 Mark verdienen. Der Frankeneinfänger muß wünschen, daß der Franken im Kurse steigt, wodurch das Elend seiner Klassengenossen noch größer wird. Die Bankgeschäfte und Wechselstuben sind wie Pilze aus der Erde geschossen. An Lohntagen kommen Hunderte in die Wechselstuben und sehen nach, wie der Franken steht. Der Arbeiter wird zum Kurspekulanten.

Das Fazit, das ich ziehe, ist, daß die Frankenfrage nicht mehr vom politischen, nationalen, sondern vom wirtschaftlichen Standpunkt aus beurteilt werden muß. Die Regierungskommission des Saargebiets hat die nationale und politische Wirkung vor die wirtschaftliche gestellt. Sie hat aber falsch gerechnet, wenn sie geglaubt hat, dadurch die Bevölkerung in ihrer Ueberzeugung nach Westen orientieren zu können, wenn sie geglaubt hat, dieses kerndeutsche Land nach Westen orientieren zu können. (Bravo!) Wir sind kerndeutsch in Sitten, Gebräuchen und unserer Arbeit. (Lebhafter Beifall.) Wir sind deutsch in Kunst und Wissenschaft und bleiben es und werden nach 15 Jahren so entscheiden, wie es unsere Genossen im Deutschen Reich von uns erwarten. (Lebhafter Beifall.) Wir sind nicht nationalistisch deutsch, sondern haben Achtung vor dem deutschen Wissen, der deutschen Arbeit, der deutschen Tüchtigkeit, den deutschen Organisationen und stehen zum Deutschtum, wie es in Schillers Tell, in Goethe, in Marx und Engels verkörpert ist. (Bravo!)

Politisch werden wir autokratisch regiert. Die Regierungskommission kann nach dem Friedensvertrag Gesetze und Verordnungen nach Anhörung der örtlichen Vertreter erlassen. Als örtliche Vertreter betrachtet sie die Stadtverwaltung von Saarbrücken und die Kreistage. Wenn diese gehört sind, macht die Regierungskommission das Gesetz. Uns wurde eine umfangreiche Justizreform vorgelegt, die ihre Bedeutung nicht in dem hatte, was die Kommission hineinschrieb, sondern in dem, was sie herausstrich. So hat sie beispielsweise die Immunität der Abgeordneten herausgestrichen. Wir haben, ohne daß Stadtverwaltung und Kreistage gemeinsam tagen konnten, diese Justizreform einstimmig abgelehnt, und drei Tage darauf war sie Gesetz. Alle unsere Anwendungen waren vergebens. Nach dem Volkswillen wird nicht gefragt. Heute

nach sind Opfer in Frankreich gefangen, die auf Grund des Belagerungszustandes von Kriegsgerichten verurteilt sind. Die Kriegsgerichte haben im Saargebiet nach dem Friedensvertrag nichts mehr zu tun. Wir haben verlangt, daß das Militär entfernt wird, man hat uns aber geantwortet, die Gemeinden seien zu arm, um die örtliche Gendarmarie zu bezahlen, die der Friedensvertrag verlangt.

Wir haben auch an Ihren Kämpfen gegen die Kappisten und die Reaktionsäre Anteil genommen. Eine Versammlung, die wir geplant hatten, um dazu Stellung zu nehmen, wurde mit der Begründung verboten, daß im Saargebiet andere Verhältnisse seien als im Reich. Wir haben dann eine andere Versammlung angemeldet, wo Genosse Schäfer gesprochen hat und wo Tausende wegen der Ueberfüllung wieder umkehren mußten. Der Redner hat hier zum Ausdruck gebracht, daß auch die Arbeiter des Saargebiets ein hohes Interesse an dem haben, was im Deutschen Reich vorgeht. Früher sind wir vom ungekrönten König Stumm in despotischer Weise regiert worden. Nachdem die saarabischen Arbeiter taum die Freiheit gewonnen hatten, kommt eine andere Macht und regiert uns ebenfalls von oben herab, wie es früher der Fall war.

Wir müssen also zunächst die Frankenfrage vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachten; die Partei muß dafür sorgen, daß der Friedensvertrag abgeändert wird, damit wir unsere politischen Rechte bekommen, und die Genossen müssen sich dafür einsetzen, daß auch in bezug auf die Geisteskultur im Saargebiet das Notwendige geschieht. Vor allem müssen wir selbst die Gesetze mitbestimmen können und die deutschen Gesetze bekommen, die nach dem Waffenstillstand bei uns eingeführt sind. Wenn Sie dafür eintreten, dann quittiere ich mit dem Gelöbnis, daß auch wir ein Bruder sein wollen in der großen Gemeinde des Sozialismus im Deutschen Reich wie in der Welt, denn auch unser Herz schlägt so warm wie das Herz der Sozialisten im Deutschen Reich und in der ganzen Welt. (Lebhafter Beifall.)

Vors. Wels: Es ist eine Erklärung verteilt worden, unterschrieben von Sollmann und Genossen. Diese Erklärung ist von den Delegierten aus dem besetzten Gebiet abgegeben. Für sie ist als Redner bestellt der Genosse Lewerenz. Ich erteile ihm das Wort.

Lewerenz-Krefeld: Die Delegierten aus dem besetzten Gebiet haben mich beauftragt, die Erklärung zu ergänzen. Als im November 1918 die Entente in das besetzte Gebiet kamen, hat niemand gedacht, daß diese Maßnahme so unendlich viel Leiden für uns bringen würde. Durch die feindlichen Flieger wurden am Schlusse des Krieges Flugblätter herabgeworfen, in denen gesagt war, daß wir, wenn wir die Hohenzollern zum Teufel jagten und die Waffen streckten, von den Franzosen alles Gute erfahren würden. Wir haben beides getan, aber wir haben bisher nichts besonders Gutes bemerkt, sondern im Gegenteil im Rheinland die Sieger ganz besonders gespürt. Man hat sich immer darauf berufen, daß wir Deutschen es in Frankreich nicht anders gemacht hätten, und leider müssen wir gestehen, daß die Kreaturen um Ludendorff und Ehrhardt den Namen des deutschen Volkes während des Krieges geschändet haben und die Schuld an unseren Leiden tragen. Die wirklich Schuldigen haben sich rechtzeitig aus dem Staube gemacht und bekämpfen jetzt aus dem Versteck diejenigen, die bestrebt sind, die Leiden des rheinischen Volkes zu lindern.

Als ein Schrecken für die rheinische Bevölkerung und besonders für die Frauen haben von jeher die farbigen Truppen gegolten, und trotz aller Verwaltungssakte und anderer Korbheiten sind immer noch farbige Truppen bei uns vorhanden. Die Reichsregierung muß alle erdenklichen Schritte unternehmen, um diesen Zustand zu beseitigen.

Eine unerträgliche Last für die Gemeinden sind die Einquartierungen. Nicht nur für die verheirateten Offiziere, sondern auch für Unteroffiziere und Mannschaften müssen Wohnungen beschafft werden. Dadurch ist die Wohnungsnot ungeheuer gestiegen. Auch hier muß die Reichsregierung mehr tun als bisher. Millionen werden von uns gefordert für neue Kasernen, Wohnungen werden beschlagnahmt für Kasinos usw. Für die Einrichtung der Wohnungen und Bureaus der Offiziere wird stets das Feinste gefordert, und die größeren Gemeinden müssen Millionen dafür aufwenden.

Eine merkwürdige Haltung haben die Besatzungstruppen bei den Unruhen eingenommen. Früher wurde gleich der Belagerungszustand verhängt. Im Wörser Bezirk hausten aber die kommunistischen Banden zwei Tage lang, und trotz unserer dringenden Vorstellungen wurde erst, als von den Kommunisten Menschen zu Tode gemartert wurden, der Belagerungszustand verhängt. Unglaublich ist es auch, in welcher frivolsten Weise die Truppen bei uns vorgehen, wenn sie bei ihren Nationalfesten in Stimmung kommen. Bei den Nationalfesten der Belgier wurde den Leuten, die die Kopfbedeckung nicht abnahmen, diese vom Kopf geschlagen. In Märs ist ein Kriegsstrüppel in geradezu brutaler Weise mißhandelt worden. (Psui!) Die Vereins- und Versammlungsbeschränkungen sind außerordentlich groß und die Strafen für kleinere Ueberschreitungen sehr hoch. Im Bezirk Krefeld haben wir in einem Quartal über 8000 Mark Strafen und Gerichtskosten dafür zahlen müssen, daß wir Versammlungen oder Sitzungen nicht rechtzeitig angemeldet hatten. (Hört, hört!) Jetzt verlangt man beispielsweise im Bezirk Märs, daß die Vorstandsmitglieder aller Vereinigungen, selbst von den Regelklubs, bei der Behörde angemeldet werden. Die Listen müssen in Maschinenschrift in zwei Exemplaren eingereicht werden.

Man kann sich den Zweck sehr leicht erklären. Jede kleine Sitzung muß angemeldet werden und wird von Beamten der Besatzungsbehörde überwacht. Unser republikanisches Hoheitszeichen darf im besetzten Gebiet weder ausgehängt noch getragen werden. (Hört, hört!) Hiergegen erheben wir den schärfsten Protest. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Zollschikanen sind geradezu unerhört. Jedes kleine Paketchen wird untersucht und muß verzollt werden. Die Industrie hat unter den wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen außerordentlich gelitten. Die weiterverarbeitende Industrie mußte an Einfuhrzoll das 2½fache der deutschen Zollsätze für Rohstoffe und Halbfabrikate und für Ausfuhrzoll die Sätze des deutschen Zolltarifs zahlen. Die Veredelungsindustrie, hauptsächlich die Textilindustrie, hat gewaltig gelitten. Dazu kommen die Störungen im Ein- und Ausfuhramt in Ems. Teilweise Stilllegungen der Betriebe sind heute noch an der Tagesordnung. Einzelne Berufsgruppen können nur drei Tage in der Woche arbeiten. Diese Verhältnisse haben eine unerhörte Teuerung des Lebensunterhalts hervorgerufen, unter der am allermeisten die Arbeiterschaft zu leiden hat. Die Lebenshaltungskosten in Krefeld waren vor einigen Monaten 20 bis 25 Proz. teurer als in Berlin.

Mit einigen Worten möchte ich auf die Konkurrenz des französischen Weins gegenüber den deutschen Weinen hinweisen. Die Rotweinproduktion hat unter dieser Konkurrenz gewaltig zu leiden gehabt. Unsere Gemeindevertreter müssen dafür eintreten, daß in den Krankenhäusern nicht französische Rotweine, sondern deutsche Rotweine benutzt werden. (Sehr richtig!)

Die militärischen Sanktionen haben besonders in den neu besetzten Städten Düsseldorf, Duisburg, Ruhrort usw. schädlich gewirkt. Alle Volksschulen in diesen Städten waren restlos von Truppen besetzt. Selbst in linksrheinischen Städten

waren die Volksschulen monatelang geschlossen. (Hört, hört!) Auch heute sind in einzelnen Städten noch solche Zustände.

In Düsseldorf wurde von den dortigen Kommandierenden verfügt, daß kein Beamter eingestellt werden dürfe, der nicht aus dem besetzten Gebiet sei. (Hört, hört!) Man sieht daraus, wie scharf man in die eigene Verwaltung eingreift.

Noch ein paar Worte zu der kulturpolitischen Propaganda im besetzten Gebiet. Man will die Bevölkerung nach und nach der französischen Kultur gefügig machen. Wir haben nicht nur Theater, die die französische Kultur nach dem Rheinland übertragen, sondern auch Kinos und Lesehallen sind in diesen Dienst gestellt. Gewaltiges Material wird unentgeltlich verteilt. Aber angesichts der außerordentlichen Schikanen gegenüber der Bevölkerung wird diese Tätigkeit auf kulturpolitischem Gebiet wenig Nutzen für die Franzosen bringen. (Sehr richtig!) Zweifellos trägt man sich mit dem Gedanken, die französische Bevölkerung für einen Pufferstaat Rheinland gefügig zu machen. Es gibt Leute, denen es sehr angenehm sein würde, wenn eine Republik im Westen errichtet würde. Auch bekannte Zentrumsführer, darunter der verstorbene Abgeordnete Trimborn, haben zum Ausdruck gebracht, daß es ihnen schließlich gleichgültig wäre, ob eine rheinische Republik komme oder nicht. Die übergroße Mehrzahl der rheinischen Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterschaft, steht fest auf dem Boden der deutschen Republik. (Lebhafte Beifall.) Sie hat nichts gemein mit den paritätischen Bestrebungen im Rheinland. (Sehr richtig!) Die rheinische Arbeiterschaft hegt streng den Gedanken des Unitarismus, und sie wird sich nicht nur mit aller Kraft dafür einsetzen, daß diesen Sonderbündlern im Rheinland Einhalt geboten wird, sondern sie wird sich auch ebenso entschlossen für die allgemeine deutsche Republik einsetzen. (Lebhafte Beifall.)

Loeb-Frankfurt am Main: Als am 25. September 1918 im Großen Hauptquartier ein Telegramm aus der deutschen Botschaft in der Schweiz einlief, daß die Alliierten darüber unterhandelten, mit wem man den Waffenstillstand abschließen dürfe, daß man niemals mit einem Vertreter der D.S.L. verhandeln wolle, war sich die D.S.L. darüber klar, daß sie nunmehr die Anfrage an die Regierung richten konnte, das Waffenstillstandsangebot hinausgehen zu lassen, da man bei der Haltung des deutschen Volkes niemals denjenigen verantwortlich machen wird, der den Waffenstillstand verlangt hat, sondern den, der ihn unterzeichnet. Genau so ist es eingetroffen. Kurz darauf wurde der Friedensvertrag unter Führung Erzbergers unterschrieben. Wir stehen unter dem Druck dieses Vertrages und müssen ihn erfüllen. Aber solange man auf der einen Seite eine imperialistische Konstellation sieht, die die republikanische Konstellation in Deutschland nicht anders zu würdigen weiß als durch fortlaufende Prestionsmittel, wie sie jetzt die wirtschaftlichen Sanktionen sind, die zu einem blühenden Schiebtertum in Ems und Umgegend geführt haben, so lange werden wir natürlich nicht in der Lage sein, die wirtschaftlichen Bedingungen zu erfüllen.

Wir führen zurzeit Verhandlungen zwischen Rathenau und Loucheur. Ich möchte, selbst auf die Gefahr hin, konsens genannt zu werden, einige Ratsschläge der Praxis für die Wiedergutmachungsfrage hier vertreten. Vor allen Dingen möchte ich die Genossen, die einen Einfluß auf die Lieferungen für Wiedergutmachungszwecke haben, bitten, dafür zu sorgen, daß wir uns möglichst von dem Diktat der Syndikate befreien. Ich möchte der Reichstagsfraktion empfehlen, einmal zu überlegen, ob es nicht möglich wäre, ein Kalkulationsystem zu schaffen, an der Prüfung dieser Kalkulation die Betriebsräte zu beteiligen, die die Interna der Fabrik mit ihrer Kostenkalkulation kennen. Das deutsche Volk in seiner Allgemeinheit muß die Lieferungen bezahlen und hat deshalb ein Recht,

sie in seiner Allgemeinheit zu kontrollieren. Eine solche Prüfungsstelle muß beim Ministerium für Wiederaufbau geschaffen werden. Wir müssen wahr machen, was Rathenau in seinem Programm sagte, daß es keine Wiedergutmachungsmillionäre geben dürfe. (Sehr richtig!)

Wir müssen aber auch dafür sorgen, unseren republikanisch-demokratischen Standpunkt in der Öffentlichkeit außenpolitisch mehr gewertet zu sehen. Wir müssen ein Augenmerk darauf richten, welcher Gesinnung die Vertreter Deutschlands im Auslande sind. Wir haben besonders in Südamerika erlebt, daß sich unsere Vertreter nicht um die deutsche demokratische Gesinnung kümmern. Vor kurzem hat uns ein Demokrat aus spanischen Landen aufgefordert, doch darauf zu achten, daß die Vertreter Deutschlands im Ausland am Tage der Einführung der Verfassung die Deutschen ebenso zusammenrufen möchte, wie man es früher zum Sekfrühstück anlässlich des Geburtstages des deutschen Kaisers getan hat. (Hört, hört!)

Auch der Flaggenfrage müssen wir unsere Aufmerksamkeit zuwenden. Der Bund der Rheinischen Reeder hat in einer Sitzung vom Mai beschlossen, auch nach dem 1. Januar 1922 keine anderen als die alten Reichsflaggen zu führen. Ich wünschte eine Verordnung, in der man deutschen Behörden verbietet, Schiffe, die nicht die gefekmäßige deutsche Flagge führen, Geleitpapiere zu erteilen. Ich bin überzeugt, daß uns die fremden Staaten unterstützen werden. Aber auch für die Rheinflotte, Oberflotte und Eisflotte müssen diese Grundzüge gelten. (Sehr wahr!)

Wir alle stehen noch unter dem Eindruck der fürchterlichen Wirkungen der Sanktionen, die die Regierung Fehrenbach erreicht hat, die das deutsche Volksvormögen dem Präsidenten Harding ausliefern wollte. Die Regierung Fehrenbach ist vorbei. Wir haben eine sozialistisch beeinflusste Regierung im Reiche und freuen uns über diesen Erfolg. Ich hoffe, daß die Internationalität der Arbeiterklasse, die in den Handschlägen des Genossen Wels und Brodkaeres hier zum Ausdruck kam, einen Funken in die ganze Welt hinausenden wird in dem Ruf: Proletarier aller Länder, steht zu, daß der imperialistische Machtstandpunkt, der im Friedensvertrag von Versailles seinen Ausdruck findet, daß der wirtschaftliche Druck, der unserem Volke immer wieder aufgebürdet wird, von der Welt hinweggerissen wird, daß der Friede der Wirtschaft, der Friede des Austauschges, der Friede der Völkerveröhnung Eingang findet. (Lebhafte Beifall.)

**Kaisers-Bremen:** Ich möchte zunächst die Gelegenheit wahrnehmen, hier eine Notiz der Korrespondenz Heilmann über den Parteitag zurückzuweisen. Es heißt hier in der „Chemnitzer Volksstimme“:

Wie war der Gesamteindruck auf den Zuschauer bei der Eröffnung der Tagung? Kleidung, Haltung? „Gut bürgerlich,“ berichtet die bürgerliche Presse, und der Genosse Heilmann fügt hinzu: Aber nicht nur Rock und Hose zeigten bürgerlichen Schnitt, auch viele Gedanken.

Er sagt weiter:

Die „Mitte“ ist Mode, die „Mitte“ ist Ruhe, Ordnung und Sicherheit, ist gewissermaßen das Schoßkind der Politik der Mittelmäßigkeit.

In dieser Art wird unser Parteitag von unserem Genossen Heilmann oder seiner Korrespondenz gekennzeichnet. (Hört, hört!) Wir müssen diese Art der Berichterstattung sofort ersticken. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Notiz wird in den bürgerlichen Kreisen viel Freude erwecken und uns draußen viel schaden. Heilmann hat scheinbar von sich auf andere geschlossen, wenn er eine solche Notiz schreibt. (Sehr gut!)

Nun zu den außenpolitischen Problemen. Die Auffassung, die vielfach in unserer Parteipresse zum Ausdruck kommt, daß es unmöglich ist, eine aktive Außenpolitik zu treiben, muß korrigiert werden. Wir müssen viel schärfer den Gegensatz zwischen der jetzigen Außenpolitik des Kabinetts Wirth und der Außenpolitik des Kabinetts Fehrenbach betonen. Die Politik des Kabinetts Fehrenbach war rein passiv und ließ sich überall von den Ereignissen treiben. Die Gegenorschläge an die Entente, die dieses Kabinett machte, waren sehr unbestimmt; es waren reine Verlegenheitsprodukte. Das Kabinett Fehrenbach hat das Problem der Entwaffnung mit dem wirtschaftlichen Problem der Wiedergutmachung verquickt und dadurch den französischen Militärs Gelegenheit gegeben, in eine Lösung wirtschaftlicher Fragen mit militärischen Mitteln einzugreifen. Es hat uns die Sanktionen und die Besetzung von Ruhrort, Düsseldorf usw. gebracht und hat sich in der letzten Not dem Präsidenten Harding an den Hals geworfen. Es war das vollständigste Fiasco eines rein bürgerlichen Kabinetts.

Demgegenüber müssen wir die Richtlinien betonen, deren Befolgung mir von der jetzigen Regierung verlangt. Unsere Presse trifft oft genug die Schuld, daß sie nicht klar genug unterscheidet. Sie hat größtenteils noch zwei Tage vor dem Ultimatum die Ablehnung empfohlen, und innerhalb 24 Stunden ist sie sodann umgefallen. Sie hat zu lange im Fahrwasser der unheilvollen Politik des Kabinetts Fehrenbach getrieben. Das ist ein Zeichen davon, daß die außenpolitischen Richtlinien noch nicht genug diskutiert sind und daß noch nicht genügend Klarheit in den Reihen der Parteigenossen herrscht, wie wir uns in dieser Beziehung zu verhalten haben. Wir haben als Partei der Republik eine staatsverhaltende Politik innen- und außenpolitisch zu treiben. Die große historische Aufgabe, die diese Republik zu lösen hat, ist, das Friedensdiktat zu beseitigen, die Folgen des verheerenden Krieges zu überwinden. In diesen großen Aufgaben wird gerade die Republik als Staatsform sich bewähren müssen. Die aktivsten Träger dieser Politik sind die Sozialdemokraten.

Die Sozialdemokratie hat deshalb zu betonen, daß wir mehr als je mit der Weltwirtschaft in enger Verbindung stehen. Heute kann z. B. die Frage Mitteleuropa allein nicht gelöst werden, ohne daß die Randstaaten gefährdet sind. Umgekehrt kann heute Rußland, das sich früher ganz allein als Selbstversorger behaupten konnte, nicht wieder hochkommen, ohne mit dem Weltmarkt in Verbindung zu treten. Die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge sind so groß geworden, daß auch die Politik sich danach orientieren muß. Die Sozialdemokratie ist sich bewußt, daß Schuld oder Unschuld am Kriege und an den Folgen des Krieges im Rahmen der gesamten Politik von untergeordneter Bedeutung sein muß. Die Sozialdemokratie hat weiter aus außenpolitischen Gründen am schärfsten die Hegepolitik aus dem rechtsradikalen Lager zu bekämpfen, weil gerade diese Leute, die jede Erfüllung des Friedensdiktats hindertreiben wollen, die verantwortlichen Politiker im Ententeager vor der drohenden Abrechnung schützen, weil sie eine Politik betreiben, die diesen Leuten immer gestattet, Reserven gegen uns anzuwenden. Nichts ist den Allfranzosen lieber als deutsch-nationale Parteitage. Wir müssen dafür sorgen, daß ihnen nichts unerwünschter sein muß als sozialistische Tagungen, auf denen außenpolitische Probleme besprochen werden. Dann treiben wir nationale Politik auch außenpolitisch gesehen.

Wenn die Allierten mittelalterliche Politik betreiben, Staaten auflösen, ganze Staaten in Schuldnechtschaft hineinstoßen, so werden sie eines Tages die Folgen dieser törichten Politik am eigenen Leibe verspüren, und zwar um so eher und schärfer, je energischer wir die Erfüllung des Friedensdiktats durch-

führen. Meiner Ansicht nach sind heute Warenmassen auf dem Auslandsmarkt viel wirksamere Geschosse, als jemals die Geschosse gewesen sind, die wir während des Krieges verschossen haben.

Unsere Nationalisten suchen uns immer wieder die Aufgabe zu erschweren. Die Leute vom Landbund reisen überall herum und erzählen: das Brot ist deshalb so teuer, weil ihr die Reparationsverpflichtungen erfüllen müßt, und diese Lasten sind allein den Sozialdemokraten zu verdanken. Dem treten wir nicht energisch genug entgegen, indem wir immer wieder den Leuten klarmachen: ihr habt nur die Wahl zwischen den Milliardenlasten, die ihr für neue Kriege aufbringt, und den Milliardenlasten, die ihr für die Wiedergutmachung aufbringt. Zeigen wir die beiden Seiten dieser Politik, dann treiben wir wirklich nationale Politik in dem Sinne, daß außenpolitisch unsere Republik geestigt wird. (Beifall.)

**Brauer-Eisenach:** Genosse Müller hat in seinem Vortrag ganz besonders darauf hingewiesen, in welsch vernichtender, geradezu katastrophaler Weise der Friedensvertrag auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet nicht nur bei allen kriegführenden Staaten, sondern in der Welt, ganz besonders aber in Deutschland gewirkt hat. Die Folgen dieses Friedensvertrages werden in Deutschland von allen Bevölkerungsschichten ausnahmslos verspürt, von den einen unangenehm, von den anderen angenehm, man möchte fast sagen wohlthuend empfunden.

Ich habe nun den Auftrag, im Namen meines Bezirks den Wunsch auszusprechen, der Vorstand unserer Partei möge versuchen, das Elend, das sich als Folge des Friedensvertrages herausgestellt hat, soweit wie möglich zu mildern. Es handelt sich um die Bergarbeiter in der Kaliindustrie. Das Kalisyndikat hat sich während des Krieges nicht allzu sehr entfallen können, weil wir nach dem Auslande hin abgeschlossen waren. Sobald der Friede geschlossen war, hat es aber mit allen Mitteln versucht, sich die Absatzgebiete nach dem Auslande wieder zu erschließen, um Kapitalien aufzuhäufen. Die Folge davon war, daß Amerika, unser Hauptabnehmer, weil man fortgesetzt höhere Preise forderte, sich von Deutschland in dem Bezug des Kalis abwandte. Wenn Deutschland bisher als das alleinige kaliliefernde Land zu betrachten war, wie war es möglich, daß der Hauptkontinent, nämlich Amerika, anderweitig Ersatz finden konnte. In Deutschland gab es im Jahre 1900 insgesamt nur 15 Kalischächte. 17 Kalischächte wären nötig gewesen, um die Landwirtschaft vollständig zu befriedigen. Deutschland, bestrbt, die Welt zu beherrschen, hat alles daran gesetzt, um die Zahl der Kalischächte zu vermehren. In den Jahren 1900 bis 1910 vermehrten sich infolge dessen die Kalischächte von 15 auf 72. Im Jahre 1913 waren es bereits 125 und im Jahre 1920 206 Kalischächte. Dazu kommt noch, daß 46 Kalischächte im Abteufen begriffen waren und zum Teil bereits heute fördern. Die restlichen werden sich in sehr kurzer Zeit ebenfalls an der Kaliproduktion beteiligen, so daß wir anstatt der 17 Schächte, die für die Deckung des Bedarfs erforderlich wären, allein in Deutschland über 250 Schächte haben. Wenn nun Deutschland vom Weltmarkt ausgeschlossen ist, so bedeutet das eine sehr starke Einschränkung der Produktion der Kalischächte. Bisher förderte ein Kalischacht 138 368 Doppelzentner im Durchschnitt. Diese Förderung war bereits im Jahre 1919 auf 41 747 Doppelzentner vollwertigen Kalis zurückgegangen. Diese Einschränkung der Kaliförderung war natürlich dazu angetan, die Arbeitslosigkeit bei den Bergarbeitern außerordentlich zu vermehren. Dies trat besonders in dem Augenblick zutage, als wir Elßaß-Lothringen an Frankreich abtreten mußten. Amerika hat sich infolgedessen von dem Bezug deutschen Kalis ferngehalten. Eine Folge davon war eine weitere Vermehrung der Arbeitslosigkeit. In den fördernden Schächten werden jetzt durchschnittlich anstatt 8 Schichten in der Woche nur noch

3 Schichten gefahren und die Förderungszahlen sind überall bedeutend zurückgegangen. Die ungeheure Preissteigerung in der Kaliindustrie hat also auf der einen Seite eine starke Arbeitslosigkeit hervorgerufen und auf der anderen Seite dahin geführt, daß die Landwirtschaft das so dringend zur Düngung notwendige Kali nicht kaufen will oder kann und infolgedessen die Erträge aus dem Ackerbau geringer geworden sind. Diese Gefährdung der Volksernährung in Deutschland muß unter allen Umständen in Rücksicht gezogen werden.

Wie ist es nun möglich, hier Wandel zu schaffen? Die Kaliarbeiter verlangen, daß die deutsche Reichsregierung auf die Verstaatlichung der Kalibergwerke hinarbeitet, damit die Produktion im Interesse des ganzen Volkes vor sich geht. Wenn Genosse Müller in seinem Vortrag schilderte, daß es uns einfach unmöglich ist, die Forderungen des Friedensvertrages voll und ganz zu erfüllen, so glaube ich, daß die Erfüllung des Friedensvertrages erleichtert werden könnte und daß auch die Arbeitslosigkeit sowohl in den Kalibergwerken als auch in den chemischen Fabriken verringert würde, wenn die Kalibergwerke verstaatlicht würden. Gerade die Bergarbeiter haben bisher unter eisdenden Verhältnissen gelebt. In der Rhön in Thüringen gibt es eine außerordentlich große Anzahl von Familien in einer Stärke bis zu 14 Personen. Vergessen Sie nicht, daß hier für den Kommunismus, für den Radikalismus und den uns gefährlichen Indifferentismus der beste Boden ist. Es muß alles versucht werden, dahin zu kommen, daß die Erbschätze, die vorhanden sind, nicht dem Kapital, sondern dem Volk gehören. Die Volksbefreiung kann nur durch das Volk selbst erzielt werden. (Beifall.)

Vorsitzender **Wels:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Debatte ist geschlossen.

Genosse Heilmann, der als Berichterstatter fungiert, hat mich gebeten, ihm zu einer Erklärung gegenüber den Angriffen des vorletzten Redners das Wort zu geben. Ein Widerspruch dagegen wird wohl nicht erhoben werden. Genosse Heilmann hat das Wort.

**Heilmann:** Genossinnen und Genossen! Selbstverständlich habe ich den Artikel nicht geschrieben, den Genosse Kaizen hier zitiert hat. Mein Urteil über die Geschmacklosigkeit und den vollkommen fehlgelhenden Inhalt dieser Ausführungen weicht von dem des Genossen Kaizen in keiner Weise ab. (Bravo!) Aber der Genosse Kaizen wird begreifen, daß es mir unmöglich ist, wenn ich hier in Görlitz eine sehr angestrengte Tätigkeit ausübe, gleichzeitig noch darüber zu wachen, was in Berlin in der „Sozialistischen Korrespondenz“ geschrieben wird. Ich habe veranlaßt, daß in meiner Abwesenheit die Artikel mit dem Namen der Genossen gezeichnet werden, die sie verfassten. Wenn der Genosse Kaizen die parteigenössliche Freundlichkeit gehabt hätte, mit mir vorher über die Angelegenheit zu sprechen, dann hätten wir die Sache sehr leicht aufklären können, ohne daß es nötig gewesen wäre, meinen Namen vor den Parteitag zu bringen. (Sehr richtig!) Ich bin in keiner anderen Lage als die zahlreichen hier anwesenden Parteiredakteure, die auch nicht unbedingt für das einstehen können, was ihr Vertreter in ihrer Abwesenheit schreibt. Ich bitte also, nicht anzunehmen, daß ich es in irgendeiner Weise billige, wenn in der Partei Richtungen konstruiert werden oder wenn der Parteitag in einer solchen Weise angegriffen wird, die in der Tat nur den Gegnern der Sozialdemokratie Freude bereiten kann. (Lebhafter Beifall.)

**Hermann Müller (Schlußwort):** Genossinnen und Genossen! Einwendungen sind in der Debatte gegen mein Referat nicht erhoben worden. Das ist ein Beweis dafür, daß in der Beurteilung des Versailles Vertrages und in der Außenpolitik überhaupt die Sozialdemokratische Partei einer Meinung ist. Es ist um so wichtiger, das festzustellen, weil wir eine starke nationalistische

Bewegung haben. Ich habe in meinem Referat darauf aufmerksam gemacht, wie dieser Nationalismus durch Maßnahmen der Entente gestärkt wird. Wir haben daraus keine anderen Schlussfolgerungen zu ziehen als die, daß wir uns diesem Nationalismus um so kräftiger entgegenzusetzen haben, je stärker er auftritt. Das sind wir nicht nur unseren internationalen Grundsätzen schuldig, sondern nur so werden wir auch den Kontakt mit den Partei- und Friedensfreunden des Auslandes bekommen, der notwendig ist, wenn wir überhaupt zu einer Revision der wichtigsten Bestimmungen des Versailler Vertrages gelangen wollen.

Nun einige Bemerkungen zu Einzelheiten, die vorgebracht worden sind. Ich unterstütze die Ausführungen des Genossen Loeb aus Frankfurt a. M. durchaus, der verhindert wissen will, daß Reparationsgewinne aus den Kriegsgewinnen hinzukommen. Wir werden uns mit diesem ganzen Fragenkomplex zu befassen haben, wenn der Wiederaufbauminister Rathenau demnächst über seine Verhandlungen mit Loucheur in Wiesbaden berichten wird. Das ist für die deutsche Wirtschaft von der allergrößten Bedeutung, weil wir uns darüber klar sein müssen, daß wir einen großen Teil der Reparationsleistungen nur als Sachleistungen abtragen können.

Genosse Loeb ist weiter auf die Auslandsvertretungen eingegangen. Ich habe dazu das Erforderliche anlässlich der Beratung des Etats der auswärtigen Angelegenheiten in meiner Rede in der Nationalversammlung gesagt. Ich habe damals verlangt, daß alle Vertreter des deutschen Volkes im Auslande sich rüchhaltlos auf den Boden der Republik stellen müssen.

Auch die Anregung, den Verfassungstag im Auslande zu feiern, findet durchaus meine Billigung, wie wir überhaupt nicht nur im Auslande, sondern vor allen Dingen auch im Inlande in der Feier des Verfassungstages weiterkommen müssen. Wenn wir heute noch nicht weitergekommen sind, so liegt das mit daran, daß auf der einen Seite die Reaktionsäre diesen Verfassungstag nicht feiern wollen, auf der anderen Seite aber auch die Parteien links von uns auf eine gemeinsame Linie für diesen Verfassungsfeiertag nicht zu bringen waren.

Genosse Loeb ist dann auf die Frage des Auslandsdeutschtums eingegangen. Wer Gelegenheit gehabt hat, sich speziell mit diesen Dingen zu befassen, weiß, daß weite Kreise unseres Auslandsdeutschtums heute noch vielfach in alten Gedankengängen denken. Ich hatte diese Kreise einmal im Reichshaushaltsausschuß des Deutschen Reichstages Tirpitzdeutsch genannt. Wir haben, als die Republik kam, erlebt, daß dort, wo größere Arbeiterkolonien im Auslande vorhanden waren, sofort scharfe Gegensätze zwischen diesen Arbeitern und den Vertretern der Kaufmannskreise sich herausgebildet haben. Dieser Gegensatz erschwert heute noch vielfach die Stellung unserer Auslandsvertreter sehr.

In der Flaggenfrage sind wir ganz einig. Wir können sagen, daß es unserer Taktik zu verbanden war, daß im Reichstag der Flaggenantrag schließlich doch abgelehnt wurde und wir nicht gezwungen waren, den Beschluß anzuzweifeln, weil wir die Überzeugung hatten, daß ein solcher Beschluß überhaupt nur mit einer qualifizierten Mehrheit gefaßt werden konnte.

Je der Debatte sind nun lebhaft Beschwerden vorgebracht worden aus dem besetzten Gebiet, aus Oberschlesien, aus dem Saargebiet. Sie laufen alle darauf hinaus, daß dort sämtliche Bürgerfreiheiten mit Füßen getreten werden, daß eine Zensur herrscht wie im Kriege, daß vor allen Dingen das Koalitions- und Vereinsrecht in keiner Weise geachtet wird und daß auf die wirtschaftlichen Beziehungen nicht die geringste Rücksicht genommen wird, daß insbesondere im besetzten Gebiet geradezu gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages gehandelt wird. Es geht also da zu wie im Kriege, und das ist der beste Beweis dafür, daß der Militarismus nirgends Achtung vor den Bürgerfreiheiten hat.

Wir müssen doch auch endlich die Entente immer und immer wieder daran erinnern, daß etwas, was unserer Auffassung nach schon im Kriege nicht zu verteidigen gewesen ist, niemals erlaubt sein kann drei Jahre nach dem Waffenstillstand und eineinhalb Jahre, nachdem wir den sogenannten Frieden haben. Wenn Klage darüber geführt worden ist, daß insbesondere im besetzten Gebiet die Hoheitszeichen der deutschen Republik nicht geachtet werden, so ist das erstärklich, denn es ist eine Tatsache, daß insbesondere unter dem französischen Militär heute noch die klerikalen und monarchistischen Kreise außerordentlich stark vertreten sind, die natürlich keine Neigung haben, der deutschen Republik Komplimente zu machen. Um so erfreulicher war es, auch heute wieder feststellen zu können, daß die Treue der deutschen Arbeiter in den besetzten Gebieten allen Schikanen zum Trotz unerschütterlich ist. (Lebhafte Bravo!) Das haben die Arbeiter von Wiesbaden, Mainz, Köln, Ludwigshafen, Speyer usw. in den letzten Jahren so deutlich gezeigt, daß auch die klerikal-monarchistischen französischen Militaristen es endlich begreifen könnten.

Es wird der Versuch gemacht, in den besetzten Gebieten mit Kulturpropaganda die Deutschen und namentlich die deutschen Arbeiter zur französischen Sache herüberzuziehen. Ich habe in meinem Referat an die Freiheit erinnert, die wir 1866 und 1870 bekommen haben, die Freiheit mit der Pickelhaube. Die französischen Militaristen sollen sich gesagt sein lassen, daß die Freiheit und die Kultur, die sie uns bringen wollen, während sie gleichzeitig die Maschinengewehrausfahrten lassen, keinen größeren Eindruck auf die deutschen Arbeiter machen werden als die Bismarcksche Freiheit mit der Pickelhaube. (Lebhafte Zustimmung.) Sie sollten sich endlich abgewöhnen, die Bevölkerung des besetzten Gebietes wie ein Kolonialvolk zu behandeln, nachdem Deutschland seine Unterdrücker im Inneren abgeschüttelt hat.

Besonders schlimm liegen die Verhältnisse in Oberschlesien. Das ging aus den Ausführungen des Genossen Donski hervor. Wir haben, soweit wir im Auslande Gelegenheit hatten, mit Parteigenossen und Friedensfreunden über diese Dinge zu reden, immer und immer wieder auf die ungeheure Wichtigkeit des obererschlesischen Problems nicht nur für Deutschland, sondern für den Wiederaufbau der ganzen europäischen Volkswirtschaft aufmerksam gemacht. Wir haben insbesondere darauf hingewiesen, daß rein wirtschaftlich eine Auseinandersetzung dieses Gebiets ganz unmöglich ist. Wer im Auslande Wirtschaftsverständnis hat, hat das auch eingesehen, und so dürfen wir hoffen, daß der Völkerverbund diejenige Entscheidung treffen wird, die nicht nur die Wirtschaft verlangt, sondern die auch dem Abstimmungsergebnis in Oberschlesien entspricht.

Der Genosse Donski hat weiter auf die Freistaatbewegung aufmerksam gemacht. Wir haben auch hier keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Schaffung eines selbständigen Freistaates Oberschlesien keine Lösung des Problems ist, sondern daß auf dem Boden eines so geschaffenen widernatürlichen Freistaates erst recht die Gegensätze zwischen Polen und Deutschen in Jahren und Jahrzehnten zum Austrag kommen würden. Wir haben immer darauf hingewiesen, daß überall, wo die Abstimmung stattgefunden hat, so in Schleswig und in den masurenischen Gebieten, sofort nach der Abstimmung die Ruhe eingetreten ist. Dasselbe haben wir für Oberschlesien verlangt, damit Deutschland endlich im Osten eine feste Grenze erlangt.

Besonders erfreulich waren die Worte, die mir von dem Vertreter des Saargebietes gehört haben. Ich wünschte, daß diese Worte über die Grenzen Deutschlands hinweg bis nach Genf hin bemerkt würden. Wir haben in den letzten Tagen erlebt, daß einer der Männer, die in Europa als Staatsmänner gelten, Lord Robert Cecil, dort von der befriedigenden und erfolgreichen Tätigkeit des Völkerverbundes in bezug auf Danzig und das Saargebiet gesprochen hat.

Wer die Klagen der Danziger, wer die Klagen unserer Genossen aus dem Saargebiet gehört hat, weiß, daß dort von irgendeinem treuhänderischen Verhältnis des Völkerverbundes nicht die Rede sein kann, sondern daß selbst die im Friedensvertrag gegebenen wenigen Rechte nicht geachtet werden. Es ist also notwendig, daß hier Wandel geschaffen wird, wenn im deutschen Volke überhaupt Vertrauen zu dem Völkerverbund entstehen soll. Der Genosse aus dem Saargebiet hat uns geschildert, wie dort versucht wird, durch Einführung der Frankenswährung nicht nur einen Druck auf die Bevölkerung auszuüben, sondern sie auch für die Zukunft in bestimmte Bahnen zu lenken. Wir haben von ihm gehört, daß das auf die Geminnung der Bevölkerung des Saargebietes keinen Eindruck machen wird. Wir haben von Ausländern zuweilen gehört, daß die französische Propaganda einen gewissen Erfolg hatte und daß man glaubte, Zweifel in das Deutschtum der Bevölkerung des Saargebietes setzen zu können. Ich habe, so oft Ausländer mir davon sprachen, immer darauf aufmerksam gemacht, daß ich die Dinge persönlich genau kenne, da ja mein eigener Vater bei Saarbrücken geboren ist, und daß ich weiß, daß die ganze Bevölkerung dort durch und durch deutsch ist. Wir haben gehört, daß die Bevölkerung des Saargebietes die Erhaltung der deutschen Republik für selbstverständlich ansieht.

Wir können den Genossen des Saargebietes versichern, daß, wenn nicht vorher eine Revision des Friedensvertrages kommt, sie nach 15 Jahren Deutschland als Republik wiederfinden und wir sie als Republikaner in unsere Arme nehmen werden. (Lebhafter Beifall.)

In der Abstimmung werden die zu diesem Punkt der Tagesordnung gestellten Anträge 313 und 335 einstimmig angenommen.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Der Vorsitzende Wels teilt mit, daß die Redaktion und Geschäftsleitung der „Chemnitzer Volksstimme“ darum ersuchen, den Parteitag zu informieren, daß der vom Genossen Krüger kritisierte Artikel über die Währungsfrage, der zwar abwegig, aber erfolgversprechend erschien, durch eine unglückliche Verkettung von Umständen in der Redaktionsbesetzung in das Blatt hineingekommen und auch bereits Gegenstand von Redaktionsbesprechungen gewesen sei.

Fünfter Punkt der Tagesordnung:

#### „Das Parteiprogramm bzw. Bericht der Programmkommission.“

Das Wort erhält Löbe-Berlin.

Löbe-Berlin: Die Achtundzwanziger-Kommission hat mich beauftragt, Ihnen das Ergebnis ihrer Arbeiten mitzuteilen, das in dem aus einem theoretischen Teile und den Spezialforderungen bestehenden Programm vorliegt. Der theoretische Teil ist mit 24 gegen 2 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen worden, der ganze Entwurf in einer nochmaligen GesamtAbstimmung mit allen gegen 2 Stimmen.

Wenn es uns möglich war, Ihnen nach viertägiger Arbeit diesen Entwurf vorzulegen, dann nur, weil wir auf der Arbeit aufbauen konnten, die in dem ganzen Jahre seit Kassel von fast 60 der sachkundigsten Genossen, von denen jeder einzelne als Fachmann auf seinem Gebiet anerkannt ist, geleistet worden ist. Der Kasseler Parteitag hatte die Genossen Bernstein, Adolf Braun, Cunow, Gradnauer, Hermann Müller-Potsdam, Mollenbuhr, Robert Schmidt und die Genossin Pfäffl mit der Ausarbeitung des Entwurfs betraut. Diese acht Genossen haben aber die Arbeit nicht allein vorgenommen, sondern noch etwa 50 Genossen herangezogen, von denen die meisten seit Jahrzehnten im Kampf der Meinungen stehen. Dieser Umstand hätte manchen der maßlosen Kritiker warnen sollen, nicht gar zu geringschätzig und vorlaut über die geistige Arbeit seiner Genossen herzufallen. (Sehr richtig.) Nahezu jeder der von der Kritik erhobenen Ein-

wände ist schon von den Ausarbeitern des ersten Entwurfes besprochen worden, und auch die Achtundzwanziger-Kommission hat sie noch einmal einer gründlichen Beratung unterzogen, hat sie, wie Sie aus der letzten Form des Entwurfes ersieht, zum Teil berücksichtigt, ebenso wie sie den Mangel der einheitlichen Durcharbeitung und der geschlossenen Sprache beseitigt hat.

Der vorliegende Entwurf wahr in seinem Inhalt, in seinem Aufbau, in seiner Gliederung und dem einheitlichen Fluß der Sprache, den geschichtlichen Zusammenhang mit dem Erfurter Programm. Wir haben bedauert, daß es nicht möglich war, dabei auch den Schöpfer des Erfurter Programms, Genossen Karl Kautsky, an den Beratungen zu beteiligen. Das Erfurter Programm wird eine der wichtigsten Urkunden der deutschen Sozialdemokratie bleiben, die jeder lesen haben und kennen muß, der die Geschichte der Sozialdemokratie, ihre Grundzüge und Forderungen verstehen will. Aber wir sind seit seiner Schaffung dreißig Jahre in der wirtschaftlichen Entwicklung vorgegedrungen. Wir haben die ungeheuerlichsten Umwälzungen der Welt erlebt und müssen daraus unsere Konsequenzen ziehen. Wir leben in einer anderen Zeit als 1891 und müssen an die praktische Verwirklichung der Dinge heran. Wir waren damals zur Opposition verurteilt und müssen heute positiv uns an der Arbeit, der Verantwortung, der Regierung und der Durchführung betätigen. Wir sind bei alledem die alte Partei geblieben, aber wir richten unseren Appell im Programm nicht mehr an die Lohnarbeiter allein, sondern als Partei der Demokratie, die die Volksmehrheit erfassen will, die das ganze arbeitende Volk gewinnen will, an weitere Kreise, die wir ja auch in unseren Wahlschriften ansprechen und zum Beitritt in unsere Organisation zu bewegen suchen. Wir können heute kein Programm aufstellen, ohne die großen Umwälzungen zu berücksichtigen, die der Weltkrieg unserer Wirtschaft gebracht hat, der Weltkrieg, der den uns im Jahre 1891 gradlinig erschienenen Weg der wirtschaftlichen Entwicklung vielfach verbaute, Hemmnisse, Lawinen, Geröll auf seine Straße türmte und diese Entwicklung aus ihrem geraden Weg herausgeschleuderte.

Deshalb geht unser Entwurf von dieser Gegenwart aus und berücksichtigt sie im Rahmen der großen Wirtschaftsentwicklungstendenzen, die Marx uns gezeigt hat. Das kommunistische Manifest ist die Emanation eines großen Geistes, in dem die Entwicklung sich spiegelt. Wir müssen heute die Kollektivarbeit vieler Beobachter zur Grundlage nehmen. Erfurt baute auf der Erkenntnis des Zustandes von 1891 auf, als das Sozialistengesetz niedergegangen, als Bismarck gestürzt war. Wir können nur ausgehen von dem Zustande der Wirtschaft nach ihrer schwersten Erschütterung, der Stellung der Arbeiterklasse im Jahre 1921, in dem die Wunden des Krieges noch nicht geheilt sind, in dem aber auch die Republik an die Stelle des alten Obrigkeitstaates getreten ist. Wir stehen vielen Aufgaben zu nahe, als daß wir mit wenigen lapidaren Sätzen nicht nur den Gang der Entwicklung, sondern auch den Weg in die Zukunft weisen könnten. Wir müssen an sie herantreten, denn wir sitzen nicht nur in den Regierungen im Reich und in den Ländern, wir haben die Mehrheit in Hunderten von Städten und Dörfern. Unsere Bürgermeister, unsere Minister, unsere Vertrauensleute in allen Ämtern müssen unsere Forderungen in die Praxis umzusetzen versuchen.

Trotzdem haben wir uns bei Aufstellung der Forderungen im zweiten Teile des Programms Beschränkungen auferlegen müssen, da es unmöglich ist, alle Forderungen aufzuzählen, und haben uns auf die Zusammenfassung des Wichtigsten beschränkt. Unser Programm soll nicht nur ein sorgsam gehütetes Glaubensbekenntnis sein, es soll vor allem gelesen werden und Anhänger werben. Wir werden diesen Teil durch Aktionsprogramme ergänzen müssen, wie das auch während der Geltungsdauer des Erfurter Programms mehrfach geschehen